XV. Jahrgang. Nr 32

Hamburg, 7. August 1909

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MK. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliedschaften 20 Pfg.

Eintausend und siebenhundert Millionen Mark indirekte Steuern soll der deutsche Michel alljährlich von nun an zahlen!

Verbandsmitglieder! Gegenüber solcher noch nie dagewesener Ausbeutung des Volkes gibt es nur eine Antwort: Agitiert unermüdlich mit doppeltem Eifer für die Organisationen und Ziele der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der unerhörten Ausbeutung sowie aller Entrechtung des Proletariats muß endlich ein Halt geboten werden!

„Recht auf Arbeit."

Die Tatsache, daß zu gewissen Zeiten Tausende und Abertausende von Menschen trotz eifrigsten Bemühens, trotz der größten Anstrengungen, deren der Selbsterhaltungstrieb fähig ist, keine Gelegenheit finden können, durch ihrer Hände Arbeit sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen, muß jedem aufmerksamen Beobachter und Kenner unsres Wirtschaftslebens als eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung erscheinen Auch dem oberflächlich Urteilenden muß es sich als ein Widersinn dieser Gesellschaftsordnung offenbaren, daß ein strenger Winter schon genügt, um Hunderte von Menschen brotlos zu machen, und daß gar erst in der Zeit einer Wirtschaftskrisis, wie gegenwärtig, der Notstand unter der Bevölkerung ganz allgemein ist. Gerade zu dieser Zeit, wo infolge der vorherrschenden lebhaften Geschäftstätigkeit und bei größter Anspannung der Produktion der Warenreichtum so groß ist, daß Läden, Speicher und Läger mit Waren überfüllt sind, gerade zu dieser Zeit herrscht unter der arbeitenden Bevölkerung der größte Mangel an Dingen, die zu des Leibes Nahrung und Notdurft unentbehrlich sind. Es sind ihrer Hunderte, ja Tausende, die infolge ihrer Mittellosigkeit und fehlenden Kauffähigkeit hungernd und frierend unsre Straßen durchziehen und Arbeit suchen, und dabei ist an Brennmaterial und Nahrungsmitteln usw. der größte Ueberfluß.

Die Arbeitslosigkeit, obgleich der heutigen Gesellschaftsordnung eigen, ist freilich keine Erscheinung der neuen oder der neuesten Zeit; sie ist nur mit der Zeit an Umfang größer geworden und fängt an, für weite Kreise des Volkes verhängnisvoll zu werden, und das Mittel, wodurch der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung nach der Meinung vieler begegnet werden könne, das „Recht auf Arbeit", ist keineswegs ein Postulat (eine Forderung) unsrer Tage.

Als im Schoße der Gesellschaft die privatkapitalistische Produktionsweise entstand und auf ihrem Wege zur Macht Licht, Luft und alle Mittel zu ihrer Entfaltung benötigte, außer auf technischem Gebiete, z. B. durch die Erfindung und Nutzbarmachung der Dampfkraft, die auf dem Gebiete der Warenerzeugung förmlich revolutionierend wirkte und durch den Ausbruch der französischen Revolution alle äußeren Schranken niederriß, die sich ihr in den Weg stellten, und nach der Meinung vieler damals ein Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entstehen müsse, trat bereits die Arbeitslosigkeit damals freilich mehr durch revolutionäre und kriegerische Ereignisse hervorgerufen, als Massenerscheinung auf. Ernste Denker und mitfühlende Menschenfreunde fühlten sich bewogen, dieser Frage ihre Beachtung in hohem Maße zuzuwenden. Auch der französische Minister Turgot, der bestrebt war, auf wirtschaftlichem Gebiete Reformen einzuführen, bekannte sich zu der Forderung vom „Recht auf Arbeit". In der Begründung einer seiner berühmten Dekrete sagte er, daß jeder die „Freiheit" und das „Recht" haben müsse, sich seinen Unterhalt durch Arbeit zu verdienen, ungehindert durch Zunft- und ähnliche Schranken Nach dem Ausbruch der Revolution wurde die Idee des Rechtes auf Arbeit lebhaft in der französischen Nationalversammlung besprochen, und zwar bei der Gelegenheit, wo die „furchtbare Plage der Massenarbeitslosigkeit" hervortrat. Die Nationalversammlung erließ eine Verordnung auf „Recht auf Arbeit" und „staatliche Hilfeleistung". Das war alles, was die Erwählten des französischen Volkes taten oder tun konnten. Ernsthafte Versuche, das in der Verordnung geforderte nun auch durchzuführen, wurden nicht unternommen.

Im Jahre 1797 zog Johann Gottlieb Fichte aus der Naturrechtslehre, die vertreten wurde durch Montesquieu, Morelly, Rousseau und andre, den Schluß, daß jedes Individuum einen Rechtsanspruch darauf habe, vom Staate lohnende Beschäftigung zu verlangen. Er gab damit den rechtsphilosophischen Begriff des Rechtes auf Arbeit in seiner weitesten Ausdehnung, der darauf hinausgeht, die ganze stattliche und wirtschaftliche Ordnung diesem Rechtsbegriff entsprechend zu gestalten. Nach ihm, etwa 20 Jahre später, war es Charles Fourier (geb. 1772, gest. 1837), der diese Idee und die Forderung in die kräftige und propagandistisch wirksame Formel „Droit au travail", „Recht auf Arbeit" kleidete. Anknüpfend an die Untersuchungen Rousseaus, eines Vorläufers der französischen Revolution, sagt er in seinem im Jahre 1822 erschienenen Werke „Theorie eines Einheitsstaates": „Der Wilde hatte einstmals das Recht auf freies Fruchtbrechen, freie Weidebenutzung für sein Vieh, freie Jagd, freien Fischfang, freie Verbindung mit seinesgleichen, auf ein sorgenloses Dasein und auf freie Aneignung jedes beliebigen Genußmittels. Diese Rechte hat der Mensch in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Wodurch entschädigt ihn aber die Gesellschaft für solchen Verlust? Etwa dadurch, daß sie ihm die „Freiheit" gebracht hat und daß sie ihm das „Glück" gewährleistet, in einem Verfassungsstaat zu leben? Solche Einfältigkeiten verdienen nicht einmal den Namen einer Illusion und können unmöglich einen modernen Lohnarbeiter befriedigen, der vor allen Dingen nach seinem Appetit essen will und sorglos leben möchte wie der Wilde. Was gibt man also dem armen Arbeiter für die freie Jagd und den Fischfang, für die Früchte und die Vieherden? Das Glück, unter einer Verfassung zu leben! Aber der Arme kann doch unmöglich die Verfassung lesen, anstatt zu Mittag zu essen! Es heißt, ihn in seinem Elend noch obendrein verhöhnen, wenn man ihm eine solche Entschädigung anbietet!"

Bei seinen weiteren Untersuchungen auf diesem Gebiet kam Fourier zu der Forderung: das mindeste was der Mensch von der heutigen Gesellschaft zu fordern habe, sei das Recht, seinen Hunger zu stillen. Da es aber dem Besitzlosen nur dann möglich ist, sich Nahrung zu verschaffen, wenn er zuvor durch Arbeit die Mittel hierzu erworben hat, so muß ihm die Gesellschaft eben die Möglichkeit und das Recht geben, daß er zu jeder Zeit passende Arbeitsgelegenheit findet, weil er anders nicht imstande ist, sein Leben zu fristen. „Infolgedessen", sagt Fourier, „ist das Recht auf Arbeit das wichtigste und wesentlichste Menschenrecht".

Wenn bis dahin in der Theorie auf das „Recht auf Arbeit" hingewiesen wurde, so kam eine Zeit, wo es in die Praxis umgesetzt werden sollte. Das war zur Zeit der Revolutionsperiode von 1848 in Frankreich. Ein Schüler Fouriers, Victor Considérant war es, der mit großer Entschiedenheit die Forderung des Rechtes auf Arbeit vertrat, worauf es dann Louis Blanc gelang, in der provisorischen Regierung ein Gesetz durchzubringen, das das Recht auf Arbeit ausdrücklich garantierte. Bevor er aber seinen Plan in den Grundzügen richtig ausarbeiten und vorlegen konnte, damit man mit dem „Recht auf Arbeit" eine Probe auf das Exempel machen könne, hatte bereits die Regierung, um sich den Anschein der Volksfreundlichkeit zu geben, im Geheimen aber den Mißerfolg der ganzen Sache erwartend oder ihn sogar wünschend, die vielberufenen Nationalwerkstätten errichtet und dadurch auch nach außen hin das „Recht auf Arbeit" anerkannt. Louis Blanc und seine Anhänger dachten sich aber die Durchführung des Rechtes auf Arbeit auf Grund einer Organisation der Arbeit und nicht als eine bloße Arbeitslosenfürsorge. Davon wollte aber die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung nichts wissen. Die Bourgeoisie war daher eifrigst bestrebt, die Nationalwerkstätten in Verruf zu bringen und ließ zu diesem Zwecke gegen dieses Institut alle Minen springen. Die Männer der Bourgeoisie eiferten in Rede und Schrift gegen die Gefahr, die aus der Anhäufung so vieler Arbeiter in Paris für die Sicherheit der Hauptstadt bestehe und suchten dadurch die Menge der Furchtsamen gegen die Nationalwerkstätten einzunehmen. Der Präsident Caussidière erklärte auf der Tribüne: Man habe 100 000 Arbeiter zu viel in Paris, die einen Klub der Verzweifelten bildeten, ein Geschwür, das bald platzen werde, und am 5. Juni kam es zu dem Beschlusse, 7000 Arbeiter der Nationalwerkstätten aus Paris zu entfernen. Wie zu erwarten war, schlug dieses nicht genügend vorbereitete und ohne Sachkenntnis in ziemlich großer Hast in Angriff genommene Unternehmen gänzlich fehl. Ueber die Ursachen und Gründe des Fehlschlagens ist viel, aber manches Unrichtige verbreitet worden, und vielfach hat es hierbei an Versuchen nicht gefehlt, den Zusammenbruch der Nationalwerkstätten dem Sozialismus zur Last zu legen, um ihn bei der arbeitenden Bevölkerung in Mißkredit zu bringen und zu beweisen, daß auch in der Praxis die Forderung des Rechtes auf Arbeit gänzlich unhaltbar sei. Seit der Zeit wurde es in Frankreich still mit dieser Forderung. Sie verschwand denn auch aus dem Bereiche der Agitation.

In andern Ländern, z. B. in Deutschland und der Schweiz usw., trat das „Recht auf Arbeit" hin und wieder als theoretische Forderung hervor, ohne daß es zur praktischen Anwendung gekommen ist.

Es war wiederum bald nach einer Volkserhebung — am 7. Juni 1848 — als die Berliner Nationalversammlung über das „Recht auf Arbeit" verhandelte. In Berlin waren ungefähr 4000 Arbeiter mit ihren Familien brotlos. Man verlangte, daß die Regierung den Arbeitslosen Beschäftigung verschaffe. Darauf erklärte der Minister von Patow, der wohl eine Arbeitslosenunterstützung im Auge hatte, aber ein Recht auf Arbeit durch den Staat nicht anerkennen wollte, es sei die Pflicht der Kommunen, dafür zu sorgen, daß niemand Hungers sterbe. Es stehe allerdings im Allgemeinen Landrecht (dem damaligen Gesetzbuch Preußens), daß der Staat denen, die Arbeit suchen,

auch Arbeit verschaffen müsse. Das würde aber die Kräfte des Staates übersteigen. Diese Bestimmung würde gar nicht realisierbar sein. Auch Arbeiter- und Handwerkerversammungen machten damals die Forderung des Rechtes auf Arbeit zu der ihrigen und stellten darum an die konstituierende Versammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. das Verlangen, diese Forderung in die „Grundrechte des deutschen Volkes" aufzunehmen. Das Parlament wies sie aber damit ab.

Darauf wurde es abermals auf lange Zeit still mit der Forderung des Rechtes auf Arbeit, bis Fürst Bismarck am 9. Mai 1884 im Reichstage es unternahm, dieses Schlagwort gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Diese hat sich aber aus guten Gründen niemals offiziell zu dieser Formel bekannt, weil sie weis, daß der heutige Staat diese an sich berechtigte Forderung gar nicht erfüllen kann. Der Kapitalismus ist nicht dazu imstande, jedem arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen die Gelegenheit zur Arbeit zu geben, weil unter seiner Produktionsweise, infolge der gesteigerten Warenerzeugung, ein so großes Angebot von menschlicher Arbeitskraft entstehen muß, das dauernd zu der Nachfrage in keinem Verhältnis steht. Die Forderung des Rechtes auf Arbeit kann nur eine auf sozialistischer Grundlage beruhende Gesellschaftsordnung erfüllen, eine Ordnung, die, wenn sie gar nichts andres dem Menschen gewährleistete als dies, allein schon dadurch vor der heutigen Ordnung den Vorzug verdienen würde.

Daß aus der Naturrechtsphilosophie die Forderung des Rechts auf Arbeit begründet ist, davon haben die Arbeiter gar nichts. Daß die heutige gesellschaftliche Ordnung dieses Recht im konkreten Sinne dem Menschen nicht gewähren kann, das wissen sie. Daß die Arbeitslosenfürsorge durch die Kommunen unzureichend ist, das wissen sie gleichfalls, ganz abgesehen davon, das sie oftmals nur als eine Art Almosen gewährt wird. Angesichts alles dessen bleibt ihnen unter diesen Umständen nur die Selbsthilfe übrig, und zwar dadurch, daß sie sich den Gewerkschaftsorganisationen anschließen und in diesen das Institut der Arbeitslosenunterstützung ausbauen, um sich dadurch, wenn auch kein „Recht auf Arbeit" so doch ein Recht auf hinreichende gewerkschaftliche Beihilfe zu sichern. Schr.

Die Entwicklung unsres Verbandes

im zweiten Quartal 1909.

Im verflossenen Quartal hat sich unsre Organisation wiederum nach vorwärts entwickelt. Wir verzeichnen in der nebenstehenden Tabelle für das zweite Quartal 1909 173 686 vereinnahmte Beiträge und 2278 Neuaufnahmen; das sind 2122 Beiträge und 111 Aufnahmen mehr als im vorigen Quartal. Gegenüber dem zweiten Quartal 1908, welches unserm Verbande 157 120 Beiträge und 2138 Aufnahmen brachte, haben wir im letzten Quartal ein Mehr von nicht weniger als 16 566 Beiträgen und 140 Aufnahmen. Ein Zeichen, daß es einem gelben Bunde und dessen Präsidenten in Gemeinschaft verschiedener Meisterinnungen nicht gelungen ist und auch nicht gelingen wird, der Vorwärtsentwicklung unsrer modernen Berufsbewegung Einhalt zu gebieten. So mancher Kollege, der sich in seiner Unerfahrenheit von der gelben Garde ins Schlepptau nehmen ließ, sah sich getäuscht und hat einsehen gelernt, in welcher Organisation die wirklichen Interessen der Gehilfen, der älteren und jüngeren Gehilfen, vertreten werden und vertreten werden können. In so manchen Orten, wo der gelbe Bund glaubte sich festgenistet und den Gedanken an unsre Organisation unter den Kollegen erstickt zu haben, sind den Gelben die Felle weggeschwommen und die Kollegen in diesen Orten holen jetzt mit Eifer in unsrer Organisation nach, was sie infolge der irreführenden Versprechungen der gelben Häuptlinge versäumt hatten. Und in manch andern Orten wird dieselbe Erleuchtung unter den Kollegen bald Platz greifen!

Der Fortschritt an Beiträgen und Aufnahmen im vergangenen Quartal verteilt sich nicht auf alle Gaue des Verbandes. Der Gau Berlin hat 1323 Beiträge und 11 Aufnahmen und der Gau München 2040 Beiträge und 96 Aufnahmen weniger als im vorhergehenden Quartal. Der Gau Hamburg verzeichnet eine Zunahme von 738 Beiträgen und 154 Aufnahmen; Gau Leipzig hat zugenommen 2623 Beiträge und 61 Aufnahmen; Gau Frankfurt hat mehr 1697 Beiträge und 22 Aufnahmen. Die Einzelzahler der Hauptkasse verzeichnen 427 Beiträge mehr und 19 Aufnahmen weniger. Würden in den Gauen Berlin und München Fortschritte in annähernd gleichem Maße wie in den übrigen Gauen zu verzeichnen sein, dann könnten wir auf eine sehr erfreuliche Entwicklung des Gesamtverbandes im verflossenen Quartal zurückblicken. Es sind 48 Zahlstellen und die Einzelzahler des Verbandes, welche uns den Fortschritt an Beiträgen brachten und außerdem noch die Beiträge mehr einbrachten, die 60 Zahlstellen im letzten Quartal weniger als im vorigen Quartal aufweisen. Im Gau Berlin haben 6 Zahlstellen einen Fortschritt und 12 Zahlstellen einen Rückgang an Beiträgen zu verzeichnen. Im Gau Hamburg haben 9 Zahlstellen in der Beitragszahl zu- und 10 Zahlstellen abgenommen. Im Gau Leipzig haben sich 10 Zahlstellen in der Beitragszahl verbessert und 11 Zahlstellen verschlechtert. Im Gau Frankfurt haben 18 Zahlstellen in der Beitragszahl zu- und 16 Zahlstellen abgenommen, und eine Zahlstelle hatte die gleiche Zahl an Beiträgen. Der Gau München hat 5 Zahlstellen mit mehr und 11 Zahlstellen mit weniger Beiträgen aufzuweisen.

An unsern Zahlstellenverwaltungen und allen unsern Mitgliedern liegt es nun, bei der jetzt vorzunehmenden Hausagitation alle Kräfte zur Gewinnung neuer Mitglieder und Mitkämpfer zu entfalten. Die Früchte werden nicht ausbleiben und unser Verband wird in den folgenden Quartalen zum Trotz unsrer Gegner weitere Fortschritte machen!

Mitgliedschaften	1903 Durchschnittl. pro Quartal		1904 Durchschnittl. pro Quartal		1905 Durchschnittl. pro Quartal		1906 Durchschnittl. pro Quartal		1907 Durchschnittl. pro Quartal		1908 Durchschnittl. pro Quartal		1909 1. Quartal		1909 2. Quartal	
	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.
Gau Berlin.																
Berlin	216	6556	1153	17746	364	18727	466	21591	647	26369	376	30563	357	32604	351	31695
Bernburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	216	4	160
Brandenburg	5	160	6	309	6	406	5	332	3	373	1	442	1	474	3	496
Breslau	25	647	38	978	83	1220	42	942	22	760	34	1062	41	1225	31	1237
Bromberg	—	26	3	71	7	317	3	33	2	18	—	—	—	—	—	—
Cottbus	9	181	5	266	8	337	15	538	7	378	7	224	7	202	11	233
Danzig	—	—	24	318	15	405	55	883	49	1435	29	1179	37	798	39	983
Dessau	—	—	—	—	—	—	—	—	11	406	4	551	3	532	1	432
Forst i. d. L.	4	130	1	153	2	167	3	180	1	171	2	194	2	230	—	192
Görlitz	—	—	13	183	24	222	4	142	4	161	22	401	16	433	9	358
Halberstadt	—	—	3	68	10	168	7	197	19	295	4	204	—	—	—	—
Kattowitz	13	175	13	198	15	321	18	282	7	171	—	—	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	10	139	12	243	8	127	22	293	14	350	6	325	19	381	8	359
Magdeburg	9	1303	25	1644	10	1453	22	1521	40	2642	51	3606	37	4422	64	4239
Schönebeck	1	61	1	61	1	54	2	69	4	151	2	127	—	112	—	104
Stendal	—	—	—	—	—	64	2	89	1	81	1	105	7	152	3	140
Stettin	—	40	18	370	35	790	44	1159	22	1138	11	1146	22	1259	12	1178
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	—	2	136	2	93	4	116	7	118
Tangermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	13	171	2	305	7	389	2	369
Thorn	—	—	—	—	16	165	12	147	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	—	—	5	130	12	140	7	180	6	170	13	289	10	192
Weißwasser	—	—	—	—	—	—	4	168	3	100	3	147	—	153	11	179
Summa...	292	9418	1315	22608	609	25073	738	28705	878	35486	563	40844	577	43987	566	42664
Gau Hamburg.																
Altona	25	2900	29	3279	32	3550	28	3681	—	—	—	—	—	—	—	—
Bant-Wilhelmshaven	13	223	7	328	10	401	9	376	4	396	7	405	3	427	8	456
Bergedorf	4	256	3	252	2	262	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	2	440	20	721	24	795	21	809	11	606	22	1188	17	1598	9	1392
Bremen	12	192	20	471	17	608	77	1416	41	1474	25	1505	25	1404	23	1385
Bremerhaven	7	103	5	195	8	124	12	375	16	593	7	522	9	407	8	446
Elmshorn	—	—	5	121	3	99	3	146	3	138	—	—	—	—	—	—
Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	244	6	257
Hamburg	94	6998	100	8665	17	9555	132	10751	211	17049	208	19344	157	19620	279	20377
Hannover	10	327	36	783	17	693	35	867	76	2736	66	3993	58	3825	87	3730
Harburg	7	415	7	548	9	530	11	571	6	551	11	736	7	704	14	925
Hildesheim	1	169	1	78	1	95	2	104	5	177	2	158	—	140	—	131
Kiel	28	1121	29	1445	11	1186	16	1303	20	1792	21	1885	15	1929	14	1927
Lübeck	11	1073	16	1210	7	844	8	898	8	1004	3	1065	1	1027	7	1146
Lüneburg	1	178	3	266	2	244	6	302	4	272	2	262	3	347	1	267
Malmö	—	—	—	—	—	—	—	—	1	96	1	116	—	152	—	170
Neumünster	2	122	2	69	5	95	6	184	2	121	1	62	6	139	1	86
Oldenburg	1	74	4	165	4	166	7	235	3	248	3	222	2	267	3	252
Rostock	—	—	2	86	4	69	13	211	8	217	6	341	7	301	7	371
Schwerin	3	64	9	213	8	250	3	208	3	142	4	155	—	139	3	103
Segeberg	—	—	2	348	1	327	1	315	1	315	1	157	—	56	—	68
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	203	3	178
Wilhelmsburg	3	118	2	149	5	146	4	238	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa...	224	14773	302	19392	287	20039	394	23240	423	27927	390	32116	319	32929	473	33667
Gau Leipzig.																
Altenburg	2	125	4	189	3	310	1	309	1	265	2	304	—	299	1	298
Apolda	—	—	—	—	2	80	1	100	1	213	1	299	2	295	2	231
Chemnitz	11	304	7	264	10	379	40	628	32	1170	13	697	16	770	17	979
Crimmitschau	4	197	15	339	3	255	2	203	1	172	2	221	2	216	3	237
Dresden	82	2283	75	3091	161	3693	60	3249	94	8765	123	13587	103	12754	155	13906
Eisenach	—	—	—	—	1	87	—	83	—	102	1	129	—	107	—	128
Erfurt	—	—	—	—	—	—	2	123	5	178	7	195	4	244	8	223
Gera	—	—	—	—	—	—	10	346	14	574	12	801	17	905	9	974
Gotha	1	123	1	145	3	197	9	317	4	393	3	369	1	391	3	414
Halle a. d. S.	5	267	9	468	6	495	10	587	20	952	16	1267	7	1327	22	1286
Jena	—	—	2	109	2	190	5	200	4	197	2	196	2	208	1	213
Ilmenau	2	135	4	228	4	296	2	262	2	267	1	279	2	271	1	245
Leipzig	35	2443	49	2934	58	3249	73	3378	61	3634	54	4476	43	3595	70	4863
Leisnig	—	—	1	73	—	85	1	101	1	133	—	126	—	132	1	125
Meuselwitz	7	441	6	448	7	475	3	326	2	332	6	399	2	438	4	426
Pirna	1	39	3	90	2	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plauenscher Grund	13	828	5	815	22	1186	17	1266	20	1338	—	—	—	—	—	—
Plauen i. Vgtl.	6	360	6	440	3	365	3	341	8	359	5	448	4	435	5	471
Rudolstadt	1	87	2	132	4	139	7	201	3	219	3	248	1	215	1	203
Schmölln i. S.-A.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	179	2	175
Sonneberg i. S.-M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	308	2	285
Weißenfels	2	101	7	214	1	176	—	160	1	188	3	225	15	285	2	269
Zeitz	—	—	—	—	—	—	5	257	10	499	18	976	28	1332	14	1378
Zwickau	—	—	—	—	10	229	11	285	4	120	—	—	—	—	—	—
Summa...	172	7733	196	9979	302	11929	262	12722	288	20070	272	25242	262	24706	323	27329
Gau Frankfurt a. M.																
Bieberach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112	1	127	—	169	—	156
Bielefeld	—	—	8	66	4	120	2	88	10	452	23	862	24	1011	16	1133
Bochum	—	—	—	—	—	—	2	54	—	—	17	809	10	564	4	603
Bonn	—	—	—	—	2	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cassel	35	384	14	291	10	353	23	507	21	961	14	754	20	738	22	880
Cöln a. Rh.	22	151	65	984	62	1469	43	1404	42	1682	44	2065	21	1580	34	1954
Colmar	—	—	—	—	—	—	—	—	58	395	6	442	1	197	1	157
Darmstadt	5	272	10	318	13	341	15	395	10	355	14	471	4	501	8	459
Dortmund	17	409	16	440	8	381	34	983	23	1035	10	691	14	708	10	724
Düsseldorf	21	465	33	673	20	722	24	756	16	812	14	1009	13	938	14	1052
Duisburg	—	—	—	—	—	—	10	198	2	70	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	34	490	48	1139	18	998	39	1444	29	1627	31	1698	17	1697	28	1511
Essen a. d. Ruhr	12	175	29	408	47	831	46	1199	25	1196	22	1171	23	1067	8	1058
Eßlingen	—	—	—	—	—	—	—	112	4	165	3	197	1	187	—	171
Frankfurt a. M.	46	1933	68	3216	117	4001	87	4911	126	7048	77	6866	76	7086	95	7382
Freiburg i. Br.	26	339	34	758	13	502	19	574	28	811	13	865	7	624	15	571
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	275	3	277
Gießen-Wetzlar	7	163	9	281	8	219	6	221	7	303	7	201	—	82	6	82
Hagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	278
Hanau	4	36	7	99	10	263	9	383	11	435	2	300	4	224	1	174
Heidelberg	3	28	2	29	2	124	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	37	1140	27	1777	18	1963	6	2104
Homburg v. d. H.	5	293	12	444	9	481	6	504	9	583	5	506	6	469	6	420
Höchst a. M.	—	—	10	384	9	318	10	418	—	—	—	—	—	—	—	—
Kaiserslautern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	244	2	293	3	246
Karlsruhe	9	193	29	511	12	271	29	746	14	378	12	266	39	552	53	1192
Konstanz	—	—	2	39	8	157	11	235	2	99	—	—	—	—	—	—
Lüdenscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	5	185	2	72	8	156	3	207
Mannheim-Ludwigshafen	27	494	50	1277	66	1906	92	2883	78	3364	51	3377	63	3519	51	3258
Mainz	13	596	15	575	17	766	39	1208	21	1268	22	1171	10	1043	6	893
Marburg	—	—	1	24	1	69	—	88	1	92	—	58	—	36	5	115
Metz	—	—	11	165	11	265	3	167	10	162	9	263	10	280	1	124
Mülhausen i. Els.	—	75	6	131	—	43	4	145	6	239	2	209	—	224	6	289
Neustadt a. d. H.	—	—	6	123	1	82	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach	11	498	13	588	20	699	7	575	—	—	—	—	—	—	—	—
Pirmasens	—	24	7	156	5	145	7	194	2	178	1	122	2	73	1	43
Remscheid	—	—	3	158	2	119	2	101	—	—	4	242	3	244	2	289
Saarrevier	6	434	15	601	17	596	24	871	22	1426	13	1026	4	729	9	824
Schwenningen	—	—	—	—	—	—	1	70	1	70	—	—	—	—	—	—
Solingen	—	—	9	246	6	216	9	294	12	663	9	568	8	393	15	437
Straßburg	8	127	5	49	6	59	4	82	2	171	16	324	9	486	8	363
Stuttgart	8	296	12	444	12	565	31	859	48	1750	40	2225	35	2297	39	2474
Tiersen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	181	—	180	8	189
Wiesbaden	15	434	19	667	25	1009	49	1620	21	1552	21	1530	39	1570	26	1813
Summa...	334	8309	568	15284	561	18165	687	24289	703	30779	540	32689	500	32155	522	33852
Gau München.																
Amberg	—	—	—	—	—	—	—	—	19	304	6	541	5	504	9	478
Augsburg	9	257	14	383	13	427	15	546	8	433	5	364	13	498	5	521
Bad Reichenhall	4	244	13	403	8	415	16	596	10	786	8	709	10	562	32	792
Bayreuth	1	30	4	87	4	101	2	39	—	—	—	—	—	—	7	127
Deggendorf	—	—	—	—	—	—	6	165	11	132	4	77	1	143	6	163
Erding	—	37	1	38	—	28	—	17	—	—	—	—	—	—	—	—
Fürth	9	179	15	359	18	501	22	694	—	—	—	—	—	—	—	—
Hof	—	—	—	—	1	163	1	78	—	—	5	183	10	236	4	226
Kronach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	69	—	—	—	—
Landshut	6	217	5	233	17	441	25	940	10	997	19	1307	29	1695	24	1660
Marktredwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	165	1	111
München	127	5416	142	7961	131	8532	154	10439	152	12515	170	15377	261	17877	86	16087
Nürnberg	24	742	61	1489	102	2841	33	2204	129	5684	85	9210	51	9019	82	8666
Passau	—	—	—	—	11	163	5	131	4	88	17	292	7	399	4	262
Regensburg	20	868	19	1046	18	1085	18	1237	20	1212	22	1251	34	1768	18	1589
Rosenheim	6	234	4	203	14	395	18	674	17	1103	16	1218	14	1126	12	1099
Schwabach	—	—	—	—	3	90	4	244	6	266	4	282	6	343	6	334
Straubing	—	—	—	—	12	144	18	557	15	736	7	481	—	279	11	329
Traunstein	—	—	—	—	—	—	6	377	7	428	5	515	3	480	1	340
Würzburg	7	250	12	329	10	354	7	227	8	323	8	360	12	380	52	650
Summa...	213	8474	290	12531	362	15680	350	19165	416	25007	382	32236	456	35474	360	33434
Einzelmitglieder der Hauptkasse..	33	748	81	1431	77	1932	48	1873	32	1946	42	3002	53	2313	34	2740
Insgesamt im Verbande	1268	49455	2752	81225	2198	92818	2479	109994	2740	141215	2189	166129	2167	171564	2278	173686

Generalaussperrung und Generalstreik in Schweden.

Das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften hat am 27. Juli einen Beschluß der am 19. und 20. Juli abgehaltenen Vorständekonferenz veröffentlicht, wonach am 4. August sämtliche Mitglieder der Gewerkschaften, die der Landesorganisation angeschlossen sind, die Arbeit einzustellen haben. Damit ist zum ersten Male in Schweden der Generalstreik in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit proklamiert. Daß die Arbeiterschaft der Proklamation Folge leisten wird, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die Erfahrungen vom Jahre 1902, als die Arbeitermassen zu einem politischen Zweck, der Eroberung des Wahlrechts, die Arbeit im ganzen Lande für die Dauer der Parlamentsverhandlungen ruhen ließen, zeigen allein, daß die schwedische Arbeiterschaft zu entschlossenem Handeln bereit ist. Seitdem ist die gewerkschaftliche Organisation bedeutend erstarkt und in großen wirtschaftlichen Kämpfen geschult. Die Gewerkschaftsvorstände kannten daher bei ihrer Beschlußfassung die Truppen genau, die sie nun zu einem entscheidenden Schlage ins Feld führen wollen.

Gegenstand der seit längeren Wochen ausgebrochenen Kämpfe sind die Versuche der Unternehmer, während der Krise den Arbeitern alle Errungenschaften der Lohnbewegungen während der Konjunkturperiode zu entreißen, teils sogar bis an die Hungergrenze die Löhne herabzusetzen. Die Unternehmer der Herrenkonfektion verlangten seit längerer Zeit den Abschluß eines Reichstarifs mit bedeutenden Herabsetzungen der bisherigen Löhne. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat, da die Arbeiter die Forderungen der Unternehmer ablehnten und diese wiederum auf der Herabsetzung der Löhne bestanden. Am 24. Mai proklamierten die Grossisten der Herrenkonfektion den Lockout, und am 5. Juli folgten die Detaillisten ebenfalls mit der Aussperrung der bei ihnen beschäftigten Arbeiter.

In der Zelluloseindustrie machten die Unternehmer den gleichen Versuch, aber noch unter brutaleren Begleiterscheinungen. Für mehrere Fabriken wurden erhebliche Reduktionen der bisherigen Akkordlöhne gefordert. Das bisherige Akkordprämienlohnsystem sollte beibehalten, aber die Lohnsätze so herabgesetzt werden, daß trotz einer bedeutenden Erhöhung der Produktionsquantität der effektive Arbeitslohn pro Tag um 5 bis 20 pZt. und mehr reduziert werden soll. In einem Betriebe sollte die bisherige zwölfstündige Arbeitszeit in achtstündige Schichtzeit umgewandelt, die Kosten dieser technisch notwendigen Veränderung aber ausschließlich auf die Arbeiter abgewälzt werden, denen Lohnreduktionen von 140 bis 400 Kronen pro Jahr zugemutet wurden. Selbst für die von der neuen Einteilung der Arbeitszeit nicht betroffenen Arbeitergruppen waren Lohnreduktionen bis zu 400 Kronen pro Jahr vorgesehen.

Als die Arbeiter dies ablehnten, erfolgte am 12. Juli die Aussperrung sämtlicher Arbeiter der schwedischen Zellulose-Industrie.

Bis dahin wurden die Verhandlungen zwischen den direkt beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisationen geführt. Am 14. Juli übernahm indes für die Unternehmer der Schwedische Arbeitgeberverein als Zentralorganisation der wichtigsten Unternehmerverbände der schwedischen Industrie die Führung des Kampfes. Er beschloß, der Arbeiterschaft folgendes Ultimatum zu stellen:

Falls nicht bis zum 26. Juli sämtliche Konflikte zu den von ihm anerkannten Bedingungen beendigt sind, werden die Aussperrungen ausgedehnt:

a) am 26. Juli auf die Holzschleifereien, die Textilindustrie und die Sägewerksindustrie,
b) am 2. August auf die Eisenwerke.

Sollte auch diese Ausdehnung der Aussperrungen ergebnislos bleiben, wird der Vorstand zu weiteren Aussperrungen nach eigenem Ermessen autorisiert.

Damit hatte der Arbeitgeberverein zu dem von ihm lange erwünschten Entscheidungsschlage ausgeholt. Zwar versuchten die staatlichen Vergleichsbeamten noch einmal, den Frieden herbeizuführen. Aber die von dieser Seite gemachten Vorschläge entsprachen im wesentlichen den Forderungen der Unternehmer. Wo sie davon abwichen, hat die Unternehmerzentrale sie abgelehnt; in den übrigen, d. h. den meisten und wesentlichen Punkten konnten die Gewerkschaften sie nicht annehmen, wollten sie nicht auf lange Jahre die Arbeiter an die so enorm reduzierten Lohnsätze binden. Das war um so weniger angängig, als in Schweden infolge der Agrarpolitik die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in den letzten Jahren ungemein verteuert wurde.

Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften, die am 19. und 20. Juli tagte, hat nach eingehenden Erwägungen der ganzen Situation sich einmütig dahin entschieden, die Aussperrungen, sobald sie am 26. Juli in Kraft gesetzt würden, mit der allgemeinen Arbeitseinstellung zu beantworten. Die Absicht der Unternehmerzentrale, die Gewerkschaften und ihre am Kampfe beteiligten Mitglieder durch die großen Teilaussperrungen erst zu schwächen, um nachher im Laufe des August die Gesamtheit der Arbeiter auf die Straße zu setzen, wird durch diesen Beschluß der Gewerkschaftsvorstände durchkreuzt. Die Bedingungen der Unternehmer, unter denen die Aussperrung hätte vermieden werden können, sind für die betroffenen Arbeiter wirtschaftlich unmöglich und für die Gewerkschaften so demütigend, daß sie den Willen der Unternehmer deutlich kundgeben, den Gewerkschaften durch lange und schwere Aussperrungen einen vernichtenden Schlag beizufügen.

Danach haben die zentralisierten Unternehmerorganisationen seit langer Zeit gestrebt. Jede kleinste Differenz wurde sofort mit großen Aussperrungen beantwortet, und im Hintergrunde tauchte bald immer wieder die Drohung mit der Generalaussperrung auf. Allein im laufenden Jahre war wiederholt davon die Rede, und beim Konflikt im Baugewerbe Stockholms wurde sogar das Ultimatum gestellt. Bisher ist es allerdings immer gelungen, dem großen Kampfe auszuweichen. Aber diesmal war jede Möglichkeit dazu abgeschnitten, weil die Forderungen der Unternehmer zu weit gehen.

Die Gewerkschaften haben es nun vorgezogen, die Entscheidung in diesen Machtkämpfen durch die allgemeine Arbeitseinstellung zu beschleunigen. Eine andre Taktik gibt es nicht. Mit eherner Schrift stehen in diesem Falle die Worte: sie müssen, geschrieben.

Der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände vom 20. Juli hat folgenden Wortlaut:

„1. Die jetzt mit dem Schwedischen Arbeitgeberverein geführten Verhandlungen sind fortzusetzen in der Absicht, eine für die Arbeiter annehmbare Vereinbarung zu erzielen.

2. Falls eine annehmbare Vereinbarung nicht erzielt werden kann, und falls die Arbeitgeber ihren Beschluß vom 14. Juli 1909 zur Ausführung bringen durch Erweiterung der Aussperrungen am 26. Juli und 2. August, dem Beschluß des Schwedischen Arbeitgebervereins gemäß, hat das Landessekretariat eine Proklamation zu veröffentlichen mit der Aufforderung an die Mitglieder der Landesorganisation, am 4. August die Arbeit im ganzen Lande einzustellen, um dadurch eine annehmbare Vereinbarung zu erzwingen und einen schnelleren Abschluß des Riesenkampfes herbeizuführen.

3. Die Arbeit darf nicht eingestellt werden, wo es sich um die Wartung kranker Menschen oder die Pflege lebender Tiere handelt, auch nicht in Beleuchtungs-, Wasser- und Reinigungsbetrieben.

4. Alle Unterstützungsauszahlung wird mit dieser Ausdehnung des Kampfes eingestellt.

5. Das Landessekretariat wird beauftragt, den in der Arbeit eventuell verbleibenden Mitgliedern einen so hohen Extrabeitrag aufzuerlegen, wie er für die Ansammlung der zur Unterstützung der Folgen dieses Kampfes notwendigen Mittel geeignet erscheint."

Eine Verständigung mit der Unternehmerzentrale war unmöglich. Sogar da, wo die Arbeiter mit den einzelnen Unternehmern eine Verständigung erzielten, verweigerte die Unternehmerzentrale ihre Zustimmung! So blieb dem Landessekretariat nichts andres übrig, als den Beschluß der Vorständekonferenz zur Ausführung zu bringen. Am 4. August wird in ganz Schweden die Arbeit eingestellt, soweit Mitglieder von Gewerkschaften, die der Landesorganisation angehören, in Frage kommen.

Die Zahl der der Landesorganisation angehörenden Gewerkschaften betrug am Jahresschluß 1908 insgesamt 30 mit 162 391 Mitgliedern. Diese Verbände hatten im vorigen Jahre eine Gesamteinnahme von 4 703 199,17 Kronen und einen Vermögensbestand am Jahresschluß von 2 218 486,21 Kronen.

Der große Kampf, den die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1898/99 zu führen hatten, findet nunmehr in Schweden eine neue Auflage. Die schwedischen Gewerkschaften warten allerdings nicht, bis die Unternehmer sie langsam verbluten lassen, sondern sie gehen selbst zum entscheidenden Schlage über, nachdem das Unternehmertum 80 000 ihrer Mitglieder auf die Straße geworfen hat. Der Wunsch der Unternehmer, alle prinzipiellen Fragen zur Entscheidung bringen zu können, wird also in Erfüllung gehen. In welchem Sinne die Entscheidung fallen wird, kann heute niemand voraussagen.

Aber soviel steht fest: Die Sympathie der gesamten europäischen Arbeiterschaft steht den schwedischen Proletariern in diesem ihnen von einem in seinem Machtdünkel sinnlos brutalen Unternehmertum aufgezwungenen Kampfe zur Seite. Unfähig, die natürlichen Reichtümer Schwedens zum Wohle des schwedischen Erwerbslebens der einheimischen Produktion zugänglich zu machen, richtet dieses Unternehmertum seine Wut gegen die Arbeiterschaft. Die organisierten Arbeiter in den skandinavischen Bruderländern haben den schwedischen Brüdern in ihrem Verteidigungskampfe ihre Hilfe zugesagt. Wir sind überzeugt, der Appell an die internationale Arbeiterschaft wird, sobald er ergeht, ein millionenstimmiges Echo finden.

(„Corresp.-Blatt d. Gew. Deutschl.")

Christlicher Gewerkschaftskongreß.

In Cöln a. Rh. tagte vom 18. Juli an der 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften, dem eine Massenversammlung im großen Saale des „Gürzenich" vorausging, in der die Reichstagsabgeordneten Behrens, Trimborn, Schiffer, Schirmer, Dr. Pieper, Giesberts u. a. anwesend waren. Der Generalsekretär des Gesamtverbandes, Stegerwald-Cöln, kam in einem Vortrage: „Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit" auch auf die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Kirche zu sprechen. Er erklärte: Die christlichen Gewerkschaften, die keine kirchlichen Organisationen sind, erkennen zwar den Kirchengemeinschaften einen weitgehenden Einfluß auf das Volksleben unter Respektierung der religiösen Ideale ihrer Mitglieder zu, sie beanspruchen aber von den Kirchengemeinschaften die den andern Interessenoruppen eingeräumte organisatorische Selbständigkeit. Die Gewerkschaften konfessionell gestalten wollen, hieße sie in dem kofessionell gemischten Deutschland mit seiner stark organisierten kapitalkräftigen Großindustrie und seiner starken sozialdemokratischen Bewegung zu fast tödlicher Ohnmacht verurteilen. Sodann beugte der Redner schon der mit Recht zu erwartenden, später einsetzenden Kritik der Delegierten über das Verhalten der christlichen Herren Vertreter im Reichstage anläßlich der Abstimmung bei der Reichsfinanzreform vor. Er meinte: Ich verkenne nicht, daß die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in der Gesellschaft eine recht beschwerliche Arbeit ist. Die Aufwärtsbewegung eines Standes wird sich stets langsam vollziehen. Die Arbeiter werden bei den bürgerlichen Parteien manches in den Kauf nehmen müssen, was ihrem Klassenempfinden widerstrebt. Die Arbeiter, die aus unseren Reihen in den Reichstag kamen, aber nicht als Gewerkschaftsmitglieder dort hinein gewählt worden sind, haben in den letzten Wochen manche schweren seelischen Kämpfe durchringen müssen. Ihr Verhalten läßt sich nicht mit der Phrase „Arbeiterverrat" abtun. Es gibt eben im öffentlichen Leben Situationen, in denen ein Ausgleich zwischen Ideellem und Materiellem gesucht werden muß. Mit Schlagworten ist das nicht aus der Welt zu schaffen. Die harte Wirklichkeit ist oft stärker als die Ideale.

Sodann begrüßte der frühere Staatsminister Freiherr v. Berlepsch die Versammlung und sprach seine lebhafte Freude und Genugtuung über das Wachstum der christlichen Gewerkschaften aus. Die freien Gewerkschaften versuchte er gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie reine Kampfesorganisationen seien und nur ins Leben gerufen, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf dem Wege des wirtschaftlichen Kampfes auszutragen. Dann beklagte er die Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationen, und regte an, einen Zusammenschluß der Christlichen mit den Hirsch-Dunckerschen anzubahnen, eine Verschmelzung mit den freien Gewerkschaften hielt er zurzeit für unmöglich. Er meinte, alle Gewerkschaften, die die Besserung der Lage der Arbeiter durch Reformen, nicht durch Revolution erstrebten, müßten sich zusammenschließen.

Die stark an Mitgliederschwund leidenden Hirsch-Dunckerschen werden jedenfalls die dargereichte Bruderhand freudig ergreifen, vorausgesetzt, daß die Christlichen auf den Vorschlag Berlepsch eingehen.

Auf dem Kongreß selbst wurde zunächst bekannt gegeben, daß der jetzige Reichskanzler, von Bethmann-Hollweg, in seiner früheren Eigenschaft als Staassekretär im Reichsamt des Innern schriftlich mitgeteilt hatte, daß er einen vortragenden Rat als Vertreter entsenden werde. Vertreten sind ferner: Der Cölner Regierungspräsident und der Oberbürgermeister. Die erste Tagung wird durch Begrüßungsansprachen ausgefüllt.

Am ersten Verhandlungstage erstattete der Generalsekretär Stegerwald den Bericht über die Tätigkeit des Gesamtausschusses im Laufe der letzten Jahre. Er beschäftigte sich insbesondere mit der Dienstbotenorganisation. Die Dienstbotenfrage sei eine besonders schwierige Frage, meinte er, die nicht so einfach zu lösen sei, wie die Sozialdemokraten es sich denken. Die Dienstbotenbewegung zeigt überhaupt einen großen Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und der christlichen Weltanschauung. Besondere Vorschläge für die Organisationen der Dienstboten unterließ der Redner, er begnügte sich mit einigen Redensarten gegen die Genossinnen Grünberg und Zietz. Dann kam er auf das Verhältnis der christlichen Abgeordneten zu der Gewerkschaftsbewegung zu sprechen, wobei er, wie schon in seiner Einleitungsrede vom vorigen Tage, darauf hinwies, wie schwierig die Vertretung der Arbeiterinteressen bei der Finanzreform von seiten der christlichen Abgeordneten gewesen sei. In der späteren Diskussion wurde dann diese Frage auch nicht mehr berührt. Es wurden nur von einer großen Anzahl Redner Wünsche in bezug auf Ausgestaltung der Agitation geäußert; auch der Organisation der Waldarbeiter sich zuzuwenden, wurde von einem Redner gewünscht.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Abg. Becker-Arnsberg über die neue Reichsversicherungsordnung. Die Vertreter der christlichen Organisationen hätten in zweitägiger Sitzung das Gesetz bereits durchberaten, wobei im wesentlichen eine Uebereinstimmung der Ansichten erzielt worden sei. Redner stimmt der Einrichtung der Versicherungsämter zu. Er steht ferner auf dem Standpunkt größtmöglichster Zentralisation der Krankenkassen. Die Versicherungsordnung geht ihm da nicht weit genug. Mit der Halbierung der Beiträge und dem Stimmrecht könne sich die Arbeiterschaft keineswegs einverstanden erklären. Die 45 Millionen Mark, die den Unternehmern durch diese Halbierung alljährlich mehr aufgebürdet werden sollen, wollen die Arbeiter auch in Zukunft weiter tragen. Die parteipolitischen Mißbräuche in den Krankenkassen ließen sich auf anderm Wege beseitigen, z. B. durch die vorgesehene Verhältniswahl. Die nichtsozialdemokratischen Arbeiter könnten sich durch diese eine Vertretung in allen Krankenkassen verschaffen und so eine scharfe Kontrolle ausüben. Es gäbe auch noch andre Wege, die beschritten werden könnten, die aber anzugeben er noch nicht für nötig halte. Die Halbierung würde in sehr vielen Fällen den von dem Oberversicherungsamt ernannten Vorsitzenden im Gefolge haben. Das führe zu einer Verbureaukratisierung des Krankenkassenwesens. In keinem Versicherungszweige sei aber weniger Starrheit am Platze, wie in den Krankenkassen. Es könne auch kein Mensch leugnen, daß die doch hauptsächlich von den Versicherten geleiteten Krankenkassen Hervorragendes leisteten. Wenn manche Ortskrankenkasse zurückgeblieben sei, so liege das vielfach am äußeren Ausbau und an der Zersplitterung unsres Kassenwesens. Die in der Versicherungsordnung vorgesehenen Landkrankenkassen seien nichts andres wie die zum Tode verurteilten Gemeindekrankenkassen in noch etwas schlechterer Auflage. — Zur Frage der Altersversorgung erklärte sich der Redner für Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Wichtiger aber sei seines Erachtens der Ausbau der Invalidenversicherung nach der Richtung, den Invalidenrentnern für ihre unter 15 Jahre alten Kinder einen Rentenzuschuß in Form einer Kinderrente zu gewähren. — Zum Schlusse seines Referats bespricht Redner noch den Gedanken einer völligen Verschmelzung der drei Versicherungszweige in eine einzige Organisation, was Redner für utopisch hält; er habe immer zu derartigen Forderungen der Theoretiker den Kopf geschüttelt.

Der Geheimrat Düttmann, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, trat als „sachverständiger Gast" dem Referenten entgegen, indem er besonders für die Krankenkassenverwaltungen die gleich starke Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeiter verteidigte. Ihm traten aber in entschiedener Weise Imbisch-Essen und Wieber-Duisburg entgegen. Einzelne Wünsche der folgenden Diskussionsredner wurden in der dann einstimmig angenommenen Resolution berücksichtigt. Ueber das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung, referierten zuletzt Giesberts und Behrens. Neues konnte nicht gesagt werden. Besonders zuversichtlich ist es aber nicht, wenn Giesberts ausführen mußte: „Wir sind noch lange nicht so stark, daß wir unter allen Umständen davor sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden!" Und: „Hinter der katholischen Fachabteilungsbewegung stecken nicht nur antigewerkschaftliche, sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsre katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben."

Nach einer unwesentlichen Debatte über diesen Punkt war die Tagesordnung des Kongresses, der trotz seiner Bedeutungslosigkeit vom Sonntag bis Mittwoch gewährt hatte, erledigt. Neue Kraft gegen ihre Gegner werden die Teilnehmer schwerlich aus den Verhandlungen gewonnen haben.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifabschluß mit der Brotfabrik Völkl-Nürnberg. Zwischen der Firma Völkl, Brotfabrik in Nürnberg, einerseits, und dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen, Zahlstelle Nürnberg, anderseits, wurde folgender Tarif vereinbart:

A. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt inklusive der notwendigen Essenspausen elf Stunden pro Tag.

B. Löhne. 1. Der Mindestlohn beträgt außer Kost und Logis für den letzten Gehilfen M. 23,50, für Mischer M 24,50, für Ofenarbeiter M 27,50. 2. Brot im Werte von 30 ₰ täglich erhalten die Gehilfen von der Firma gestellt. 3. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, werden dennoch welche gemacht, so sind dieselben mit 60 ₰ pro Stunde zu bezahlen. Höhere Löhne dürfen durch vorstehende Vereinbarung nicht gekürzt werden.

C. Ferien. Ab 1910 erhält jeder Gehilfe nach einjähriger Beschäftigung bei Fortbezahlung des Lohnes drei

Tage Urlaub. Die Zeit der Ferien fällt in die flaue Geschäftszeit.

D. Allgemeines. Wegen Verbandszugehörigkeit und Eintretens für die tariflichen Bestimmungen dürfen Maßregelungen bezw. Entlassungen nicht stattfinden. Differenzen, die sich aus vorstehendem Tarif ergeben, sind mit Hinzuziehung der Vertreter der Organisation der Bäcker und Konditoren zu schlichten.

E. Tarifdauer. Die Tarifdauer ist eine zweijährige; wird derselbe nicht mindestens vier Wochen vor Ablauf der Vertragsdauer mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt, so läuft derselbe stets stillschweigend auf ein weiteres Jahr.

Der Vertrag tritt am 1. August 1909 in Kraft.

Für den Fabrikanten: F. A. Völkl.
Für die Gehilfen: Hans Hechtel, Bezirksleiter.

Bäckerei-Mißstände.

Unerhörte Zustände bei Bäckermeistern im Bezirk Leipzig. Wie die Bäckergesellen von den Bäckermeistern behandelt werden, zeigen folgende zwei Vorkommnisse aus letzter Zeit: Ein jüngerer Geselle stand bei dem Bäckermeister Max Krah in Naunhof im Kündigungsverhältnis. Bei einem Wortwechsel wurde der Geselle von seinem Meister mit Rotzjunge, Lausejunge usw. tituliert, sogar mit den bäckermeisterlichen Fäusten derartig bearbeitet, daß sich der Arbeiter in ärztliche Behandlung begeben mußte!

Im andern Falle glaubte der Obmann von Leipzig-Süd, der Leipziger Bäcker-Zwangsinnung, Herr Hermann Heinrici-Connewitz, Hermannstr. 16, seine Größe damit beweisen zu können, daß er seinem Gesellen am Tage der Lösung des Arbeitsverhältnisses kein Mittagessen mehr gab! Der Geselle wurde erst für den nächsten Tag, pünktlich vormittags um 9½ Uhr, zur Auszahlung des verdienten Lohnes bestellt. Es geht doch nichts über den Schneid eines Leipziger Bäckermeisters. Trotzdem Herr Heinrici in Connewitz sehr viel Arbeiterkundschaft hat, verweigert er seinen Gesellen das Koalitionsrecht, das er aber für sich in weitestem Sinne in Anspruch nimmt. Darum wird auch jeder Geselle von Herrn H. einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen und auf Herz und Nieren geprüft, ob er etwa dem Verbande angehört.

Die Zustände in der Dampfmühle und Brotfabrik Karl Koch in Mellbergen. Die Kollegen in dieser Brotfabrik haben sich seit etwa vier Monaten dem Verbande angeschlossen, um bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen. Wie notwendig dies war, sei hier gezeigt: Herr Koch, der seine zehn Leute in Akkord arbeiten läßt und von diesen mindestens 40 Oefen Brot verlangt, so daß auf jeden Arbeiter vier Oefen entfallen, bezahlt für diese Leistung pro Mann und Ofen 25 ₰. Diese große Leistung ist aber nur dadurch zu erreichen, daß die Arbeiter, die Nachtschicht haben, bis zu 18 Stunden ununterbrochen angestrengt arbeiten. Der Schichtwechsel soll eigentlich 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends stattfinden. Die Arbeiter, die Nachtschicht haben, müssen aber schon um 4 Uhr nachmittags antreten, um Vorarbeiten zu machen, und haben am folgenden Tage oft bis um 8 Uhr vormittags zu tun, um wieder die Oefen zu leeren. Trotz dieser langen Arbeitszeit kommen sie nur auf einen Durchschnittslohn von ℳ 4 pro Tag. Was scheren einen guten Patrioten, wie Herrn Karl Koch, gesetzliche Bestimmungen?

Gegen diese traurigen Zustände schritt unser Verbandsvertreter ein und verlangte die Regelung der Arbeitszeit. Die Antwort des Herrn Koch war: die Maßregelung der zwei Vertrauensleute des Verbandes. Aber infolge der Einigkeit der Arbeiter und des Einschreitens des Gewerkschaftskartells in Oeynhausen mußte die Kündigung zurückgenommen werden. Nun kannte die Wut des Herrn Koch keine Grenzen, und mit Gewalt sollte die Einigkeit unter den Arbeitern gestört werden. Das versuchte Herr Koch so: Er klebte alle Artikel aus der Reichsverbandspresse, die die moderne Arbeiterbewegung verleumden, im Arbeitssaal an, und holte seine Bäckergesellen heran, die mußten dann diese Märchen lesen; so auch einen Artikel der „Dortmunder Zeitung" über: „Zu was die Arbeitergroschen verwandt werden", natürlich ohne die Antwort des „Vorwärts" vom 17. Juli d. J. Da er nun auf diese Weise, die Leute auseinander zu treiben, sein Ziel nicht erreichte, so hat er es nun fertig gebracht, Leuten, die eine achtzehnstündige Arbeitszeit haben, entgegenzuhalten: Ihr seid faul, arbeiten Sie doch schneller, haben Sie's nicht mehr nötig? Seitdem Sie im Verbande sind, sehen Sie so frech aus, sind Sie doch etwas freundlicher, treten Sie doch aus dem Verbande aus, ich kann keine Sozialdemokraten leiden. Am andern Tage aber sagte Herr Koch zu denselben Arbeitern: Wissen Sie, mit den Arbeitern muß man sich gut stellen, denn die ganzen Arbeiter vom Rheinland, dem westlichen Westfalen und dem bergischen Land, das sind unsre Kunden. Zur Charakteristik des Herrn Koch diene folgendes: Zwei Bäcker hatten das Unglück, neun Brote zu zerdrücken. Das Brot zu 40 ₰ macht zusammen ℳ 3,60. Herr Koch zieht den zwei Bäckern je 70 ₰ Schaden ab und verkauft die neun Brote à 30 ₰, somit löst Herr Fabrikant Karl Koch an Schadensersatz ℳ 1,40, für die verkauften Brote ℳ 2,70, zusammen ℳ 4,10 ein. Der wirkliche Schaden beläuft sich auf ℳ 3,60. Wir möchten Herrn Koch mal fragen, wo bleiben die 50 ₰? Und woher nimmt Herr Koch das Recht, 50 ₰ mehr den Leuten abzuziehen, als der wirkliche Schaden war? Schon aus diesen paar Tatsachen mögen die Leser ersehen, wie es in diesem Betriebe zugeht. Uns ist noch eine ganze Reihe von Tatsachen bekannt, die auf das Gebaren der Firma ein eigentümliches Licht werfen, und welche zu beherzigen die Organisation in der Lage sein wird, wenn die dortigen Kollegen unerschütterlich am Verbande festhalten.

Anzeigen.

Konsum-, Bau-, Spar- und Produktivgenossenschaft zu Nürnberg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die **Backmeisterstelle** ist besetzt. Den Bewerbern sagen wir für ihre Bemühungen besten Dank.

[ℳ 2,40] **Die Verwaltung.**

Endesgefertigte nehmen die gegen **Xaver Rieger**, Kassierer der Ortsgruppe des österreichischen Bäckerverbandes in Kufstein, gemachten beleidigenden, falschen Anschuldigungen mit Bedauern zurück. [ℳ 1,80]

Anton Teuss. Franz Embacher.

Unserm Kollegen **Tischendorf** nebst seiner werten **Braut**

die herzlichsten Glückwünsche :: :: zur Vermählung! :: ::

[ℳ 2] **Mitgliedschaft Crimmitschau.**

Unserm lieben Kollegen **Dickelmann** nebst seiner werten **Braut**

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma

[ℳ 3] **P. W. Gaedke, Hamburg.**

Wünschen unserm Kollegen **Julius Reisner** nebst seiner lieben Braut **W. Andersen**

die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!

Die Kollegen der Bäckerei **Otte, Hamburg.**

Hamburger Bäckerei, über **100 Jahre bestehend,** nachweislich **600 Kunden,** ist wegen hohen Alters des Inhabers, für ℳ **25 000**, bei ℳ **10 000** Anzahlung zu verkaufen. Näheres durch **Valentin Hartung, Hamburg,** Lüneburgerstr. 4, b. Hauptbahnhof. [ℳ 1,80]

Bäckerei mit vollem Inventar zu vermieten.
Näheres **F. Reichardt, Kiel-Gaarden,** Werftstr. 4.

Allen Münchener Bäcker- und Konditorengehülfen empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

Garderoben-Versandhaus I. Ranges

L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.

Seit Jahren versende ich im ganzen Deutschen Reiche

Herren- und Knaben-Garderoben

zur vollsten Zufriedenheit meiner Kunden.

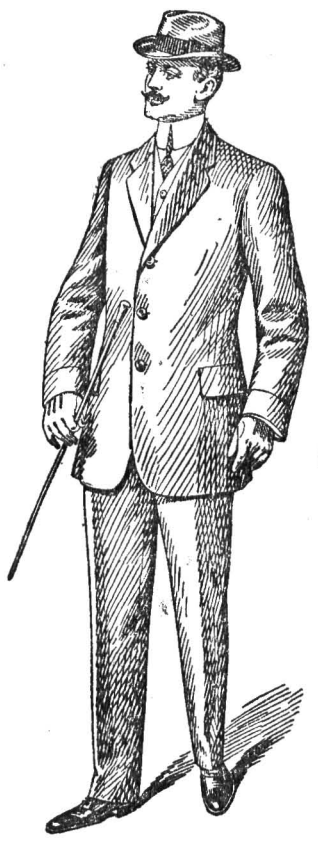
Bevor Sie Ihren Bedarf in Herrengarderoben decken, verlangen Sie meinen

illustrierten Prachtkatalog B. gratis und franko.

Es liegt in Ihrem Interesse, diesen durchzusehen. Sie werden finden, dass Sie es mit einem **selten reellen, soliden und besonders leistungsfähigen Hause** zu tun haben.

Meine Garderoben sind in **Stoff, Ausführung, Zutaten** und der **Passform das Vollendetste der Branche,** daher mit der gewöhnlichen Konfektion nicht zu verwechseln, und vermöge meines enormen Konsums zu **unerreicht billigen Preisen.**

Sacco-Anzüge, selten strapazierbare Stoffe in feinster modernster Verarbeitung	ℳ	16 bis 48
Paletots für Herbst, Winter und Frühjahr. Das Eleganteste der Neuzeit	ℳ	17 „ 45
Sport-Anzüge in Loden, Manchester und eleganten Modestoffen	ℳ	16 „ 38
Sport-Kragen (Pelerine), nur erprobt gute Qualitäten und imprägniert	ℳ	8⁵⁰ „ 18
Bozener Mäntel, beliebtester Wetterpaletot, in Strichloden und Modestoffen	ℳ	13 „ 32



Gehrockanzüge, Rockjackettanzüge, einzelne Hosen, Modewesten usw.

Berufskleider für Bäcker und Konditoren.

Der Versand erfolgt wohl per Nachnahme, **dagegen erstatte ich für nicht konvenierende Waren auf Wunsch den Betrag anstandslos retour.**

L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.

Telegramme: **Spielmann, Dachauerstrasse.** — Telephon: **Nr. 2464.**

Mitglieder- bezw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 8. August:

Altenburg: 2½ Uhr in der Kesselstraße. — **Bayreuth:** Bei Albert Roder, Wölfelstr. 7. — **Bergedorf:** 4 Uhr im „Deutschen Haus", Sachsenstraße. — **Bernburg:** Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — **Chemnitz:** Im „Annengarten", Annenstraße. — **Dessau:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ballenstedterstr. 1. — **Gera:** 3½ Uhr im „Hainberg". — **Halle a. d. S.:** 3 Uhr „Zu den drei Königen", Kleine Klausstraße 7. — **Hameln:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — **Kiel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — **Landsberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Kaiser, Louisenstr. 5. — **Lübeck:** 3 Uhr im „Vereinshaus, Johannisstr. 50. — **Mülhausen i. E.:** Vorm. 10 Uhr bei Winzorn, Dornacherstraße. — **Neumünster:** 4 Uhr bei Burg, Plönerstr. 7. — **Neuß:** Vorm. 11 Uhr bei Franz Reimers, Furterstr. 110. — **Oldenburg:** 4 Uhr bei Schuhmacher, Kurvikstr. 28. — **Remscheid** (Oeffentliche): 3 Uhr bei Arnold Trisch, Bismarckstraße 13. — **Rostock:** 2½ Uhr Beguinenberg 10. — **Solingen:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 10. August:

Beuthen i. O.-Schl.: 4 Uhr bei Rosental, Klunkowitzerstraße 4. — **Darmstadt:** Bismarckstr. 19. — **Erfurt:** 3 Uhr „Zum König von Preußen", Futterstr. 9. — **Fürth i. B.:** 2½ Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — **Hanau:** 3 Uhr in „Stadt Frankfurt", Kanalplatz 6. — **Heidelberg:** 3 Uhr im „Goldenen Römer", Hauptstr. 41. — **Mülhausen i. E.** (Oeffentliche Bäckerversammlung): 2½ Uhr im Gasthaus „Zur Sonne", Kartoffelmarkt; (Arbeiter und Arbeiterinnen der Nudelfabriken): 6 Uhr bei Seckler, Dornacherstraße. — **Rosenheim:** Im „Frühlingsgarten".

Mittwoch, 11. August:

Augsburg: Im „Wittelsbacher Hof", Jesuitengasse. — **Dresden** (Fabrikbranche): Im Volkshaus (kleiner Saal), Ritzenbergerstr. 2. — **Homburg v. d. H.:** 2 Uhr bei Kappus, „Zur neuen Brücke". — **Konstanz:** „Zur Walhalla". — **Straßburg i. E.** (Bäcker). — **Striegau i. Schl.:** In Sauers Lokal, Wilhelmstraße. — **Waldenburg i. Schl.:** „Zur Sandmühle".

Donnerstag, 12. August:

Cassel: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstr. 5. — **Gotha:** 3 Uhr im Volkshaus „Zum Mohren". — **Hamburg-Altona** (Weißbäcker): 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Jena:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Karlsruhe:** 3 Uhr bei Rutzschmann, Kaiserstr. 13. — **Kaiserslautern:** 4 Uhr „Zur Burg", Steinstr. 20. — **Marktredwitz:** „Zum Lohengrin". — **Metz:** Bei Uhlemann, Karlstr. 4. — **Schönebeck:** Im „Bürgerhaus", Breiterweg. — **Stuttgart** (Konditoren): 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Eßlingerstr. 17. — **Wernigerode:** „Zur Stadt Braunschweig", Hindersinstraße. — **Würzburg:** 3 Uhr im „Goldenen Hahn".

Freitag, 13. August:

Eisenach: 10 Uhr im „Goldenen Engel", Katharinenstraße.

Sonnabend, 14. August:

Cöln a. Rh. (Brotbäcker und Schokoladenarbeiter): 9 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 199. — **Magdeburg-Barleben** (Bezirksversammlung): Im Gewerkschaftshaus. — **Nürnberg** (Fabrikbranche): 8½ Uhr im „Historischen Hof".

Sonntag, 15. August:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Celle:** 4 Uhr bei Knoop, Fritzenwiese. — **Düsseldorf:** 3½ Uhr bei Richard Ewald, Breitestr. 15. — **Landshut i. Bayern:** Im „Hoferbräu", Neustadt 444. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Echternstraße. — **Weißenfels:** Im Gewerkschaftshaus, Merseburgerstr. 16.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zur „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ Nr. 32

Hamburg, den 7. August 1909

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 25. Juli bis 1. August gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Juli: Zahlstelle Karlsruhe M. 179,05, Berlin 4976,45, München 2513,70, Hanau 37,40, Viersen 50,70, Bochum 82,55, Hamburg-Altona 3020,05, Schwerin 7,20, Schönebeck 18,80, Dortmund 76,35.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. W.-Harzburg M. 3, K. W.-Wächtersbach 6, W. J.-Wittenberge 3, A. G.-Leutenberg 3, E. W.-Oelsnitz 25, A. W.-Elmshorn 1,50, M. G.-Zschorlau 5, O. H.-Maierhöfen 4, P. S.-Zwickau 21,50, K. B.-Osnabrück 49.

Für Annoncen: K. B.-Bielefeld M. 2,20, B. O.-Hamburg 2, Zahlstelle Berlin 3,40, K. G.-Hamburg 3.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 33. Wochenbeitrag (8. bis 14. August) fällig.

Aus den Bezirken.

Würzburg. Die Adresse des Vorsitzenden ist von jetzt an: Hans Katzenberger, Fabrikstr. 23, 2. Et. Unterstützung wird ausbezahlt bei Michael Bauerreiß, Petrinestr. 6, Rückgebäude.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Aussperrung von Schokolade- und Zuckerwarenarbeitern und -Arbeiterinnen in Dänemark!

Wegen Tarifforderungen bei der Firma „Globus“ A. G. in Aarhus sind 51 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden. Ein deutscher Werkmeister mit Namen Klawitter sucht aus Deutschland Streikbrecher heranzuziehen; die dortige Organisation ersucht deshalb dringend, Zuzug streng fernzuhalten.

Ein Vorschlag zu praktischer, tariffreundlicher Arbeit für die Münchner Konditorzeitung und deren Hintermänner. Mit dem Abdruck eines bürgerlichen Waschzettels ist unsre unvergleichliche Münchner Innungstante wieder einmal gehörig hineingerasselt. Unser Verbandsorgan Nr. 30 hat es bereits unternommen, dem butterteigchinesischen Zunftpapier einen Vergleich der Tarife zwischen den Konsumvereinen mit den Münchner Konditoren zu zeigen, es der vortrefflichen Redaktion überlassend, stille Betrachtungen hierüber anzustellen. Ob sich nun die Münchner „Allg. Kond.-Ztg.“ aus purer Menschenliebe gemüßigt sah, sich über die angeblich niederen Konsumvereinslöhne zu mopsen oder ob sie sich weiter mopst, weil der Vergleich gar zu drastisch die Schandlöhne der Konditoren charakterisierte und sie sich jetzt sagen muß, daß sie wieder einmal gedankenlos eine Dummheit beging, sei dahingestellt. Im Schlußsatz obig genannter Erwiderung wurde dem Zunftpapier der wohlmeinende Rat gegeben, in puncto Arbeitsbedingungen vor der eigenen Türe zu kehren. Wir wollen nun hiermit der nach außen stets gehilfenfreundlich schillernden „Allgemeinen“ den Besen in die Zunftfaust drücken, damit sie die tarifwidrigsten Löhne ausstäuben kann und uns hilft, Löhne, die selbst bürgerliche Konsumvereine aus Scham gelernten Angestellten nicht mehr zahlen würden, zu beseitigen; denn mit dem „guten Willen“ der Zünftler wird es seinen Haken haben. Auch gehören bekanntlich zur Tarifeinhaltung zwei Faktoren, einmal Arbeitgeber, die ein korporativ gegebenes Ehrenwort einzuhalten gewillt sind, und eine Gehilfenschaft, die nicht gesonnen ist, sich tarifliche Rechte streitig machen zu lassen. Aber während der vergangenen sechsjährigen Tarifperiode hat die Innung nicht nur nichts getan, den abgelaufenen Tarif vollwertig durchzuführen, sondern im Gegenteil, alle Beschwerden kurzerhand als unwahr hingestellt. Bei der diesjährigen Lohnbewegung glänzten sogar Lohnverhältnisse auf den Plakaten, welche die Lohnverhältnisse von Innungführern auf das grellste beleuchteten. Und sicher nur aus Beschämung, weil die öffentliche Meinung durch die Plakate aufgerüttelt worden war, und **weil sogar Herr Fellermeier, der Syndikus für das Baugewerbe, die Zustände in den Konditoreien unerhört** fand, ließ man sich neuerdings nach fast viermonatigem Würgen zu einem ebenso kümmerlichen Tarifabschluß herbei. Zum Abschluß eines Tarifes, der im krassesten Widerspruch mit der Verhimmelung des so schönen, edlen, hohen und hehren Kunsthandwerks der Konditorei steht. Nun — es ist ein Fingerzeig für alle noch außerhalb des Verbandes stehenden Kollegen und auch eine Lehre für die Sonderbündelei, der „nationaldeutschen“ Hallenser, daß etwas mehr dazu gehört, als die Faust in der Tasche zu machen, um zu Erfolgen zu kommen! Wenn auch diesmal die Innung wieder glaubte, den Verband als gleichberechtigten Faktor ausschalten zu müssen, so ist aber in München heute nun doch kein Konditorgehilfe so dumm mehr, daß er glaubt, die Innung hätte mit dem Gehilfenausschuß den Tarif abgeschlossen, wenn nicht der Verband dahinter gewesen wäre. Darum wird die Innung es auch in den Kauf nehmen müssen, **daß der Verband diesmal ganz energisch das Wächteramt in die Hand nimmt,** damit die Gehilfen nicht wieder in dieser dritten Tarifperiode um die sowieso geringfügigen Vorteile in gleicher Weise gebracht werden, wie es seitens einer Reihe von Meistern früher stets geschah.

Es gilt jetzt zunächst, mit Einsetzung aller Kraft die Gehilfen zu erziehen, daß sie gegen Tarifdurchbrechungen von vornherein energisch Front machen. Es muß denselben Gelegenheit gegeben werden, praktische Arbeit zu machen. Wir wollen also den auswärtigen Kollegen, welche durch den Arbeitsmarkt in den Meisterzeitungen hierher gelotst werden sollen, bestimmte Anhaltspunkte liefern und bringen eine Reihe von Meistern zu ihrer Kenntnis, von denen wir wissen, daß sie keine sonderlichen Freunde halbwegs angemessener berufswürdiger Löhne sind. Die Namen der Stammgäste auf dem Inseratenmarkte sind besonders mit einem * bezeichnet. Nicht unerwähnt darf obendrein bleiben, daß die Stellenvermittlung am Orte laut Tarif durch das städtische Arbeitsamt zu erfolgen hätte, die Umgehung desselben also auch schon als Tarifbruch bezeichnet werden muß. Es sind die Hofkonditoren *Bernhard (Theresienstraße), Eyerich (Maffeistraße), *Glaß (Theresienstraße); die Konditoren Bolkhardt (Bayerstraße), Burger (Kapuzinerstraße), *Feuerich (Giltensbergerstraße), Finsterwalder (Peter Brienerstraße), [je nach Umständen auch Finsterwalder (Schwantalerstraße)], Gottfried (Amalienstraße), Hellebrand (Humboldtstraße), Hafenbrädl (Schellingstraße), Hafenbrädl (Königinstraße), Konrad (Baderstraße), Kustermann (Herzog-Heinrich-Straße), Motzler (Türkenstraße), Pfötterle (Frauenhoferstraße), Plabst (Schäfflerstraße), Reber (Herzogspitalstraße), Weicht (Wörthstraße), Vececk (Freibadstraße), Wessenig (Schwantalerstraße).

Wir wiederholen nochmals, um willkürlichen Deutungen vorzubeugen, daß Obengenannte während der abgelaufenen Tarifperiode unter dem Tarif bezahlten, wenn sie auch ausnahmsweise einzelnen Gehilfen gegenüber den Tarif einmal einhielten, je nach Willkür und ohne Rücksicht auf das Alter der Gehilfen. Meist spekulierten sie auf die Unerfahrenheit und Schafsgeduld einzelner Gehilfen. Es muß noch besonders die Volontärwirtschaft bei Herrn Hofkonditor Glaß hervorgehoben werden. Vor uns liegt ein älterer Brief, wonach Herr Glaß sogar von dem angehenden Gehilfen eine Entschädigung verlangte, indem die Bedingung gestellt wurde, daß der Volontär täglich einen Gang machen müsse. Die Volontärwirtschaft ist bei genanntem Herrn zur ständigen Einrichtung geworden, was sich bei der letzten Bewegung herausgestellt und bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Die Hofkonditorei zahlt diesen Leuten die miserabelsten Löhne. Außerdem versteht es Herr Glaß, das Arbeitsverhältnis der Volontäre kontraktlich festzulegen. Die Gewerbeordnung und auch der jetzige Tarif kennen keinen Volontär; jeder Gehilfe, der drei Jahre gelernt hat und 18 Jahre alt ist, hat Anspruch auf den Tarif. Das möge sich auch Herr Glaß gesagt sein lassen, sonst müßte diese Streitfrage, falls sich das Tarifamt auf die Seite dieses Herrn stellt, vor dem Gewerbegericht ausgetragen werden.

Also, Konditorgehilfen Münchens und Ihr auswärtigen Kollegen, die Ihr zum Zwecke des Tarifbruches nach München gelotst werden sollt, meldet sofort jeden Versuch zum Tarifbruch an das Verbandsbureau Rumfordstraße 32, 1. Et., Telephon 5324. Erkundigt Euch über die Verhältnisse des Betriebes überhaupt stets erst an dieser Stelle! Auf, gegen die Willkürherrschaft unsrer Konditormeister, zeigt diesen in Arbeiterfragen so rückständigen Herren, daß die Zeit vorüber ist, wo die Gehilfen mit sich Schindluder treiben ließen! Und soll das Gewerbegericht nicht Arbeit in Hülle und Fülle bekommen, dann an die Arbeit mit heran — verehrte „M. K.-Ztg.“ — deine edle Entrüstung gegen — niedere Konsumvereinslöhne kannst du hier besser verwerten.

Der Herr Hofkonditor Greve in Wismar a. d. Ostsee. Wir haben uns schon einmal im Vorjahr mit dem Betriebe dieses Herrn Hofkonditors, bezw. den Lohnangeboten die er macht, beschäftigt; war es damals der Konditoreibetrieb, auf den wir die Aufmerksamkeit der Kollegen richteten, so ist es diesmal in erster Linie sein „Fabriketablissement“, das wir mit einigen Strichen im Interesse der Berufsarbeiterschaft zeichnen müssen. Ein Kollege schreibt uns darüber:

Vor kurzem las ich in der Nr. 55 der „Kond.-Ztg.“ (Trier) die nachfolgende Annonce:

> Betriebsleiter,
>
> sowohl für Schokolade (nur feinste) wie auch Laborator, für meine neueingerichtete Schokoladenfabrik gesucht. Nur wirklich tüchtige erstklassige Arbeitskräfte wollen sich melden. Anfangsgehalt ist bescheiden zu stellen; wenn gut, Prozente vom Umsatz, nachher ein leichtes, Gehalt M. 5000 zu verdienen.
>
> Hofkonditor L. Greve,
> Schokoladen-, Kakao- und Konfitürenfabrik,
> Wismar a. d. Ostsee.

und hatte auch das „Glück“, auf meine Bewerbung mit M 35 Anfangsgehalt pro Woche gnädiges Gehör und Engagement bei sofortigem Antritt zu finden. Da ich ohne Stellung war, reiste ich auf telegraphische Aufforderung sofort ab. Hätte ich es lieber nicht getan!

Ich kam an; der Herr Prinzipal hieß mich herzlich willkommen und gab mir gleich zu denken, denn er klagte mir zunächst sein Leid, wie viel Laboranten, Schokolatiers und Betriebsleiter er schon gehabt hätte. Wenn ich nicht irre, ist die Zahl sechs im Laufe eines halben Jahres schon überschritten. Und wie lange sie nun da waren? Zwei Tage, drei Tage, vier Tage, der einzige, der ein sehr strebsamer Mensch gewesen sein soll, hat es gar auf 14 Tage gebracht. Und alle haben sie nichts gekonnt!! Man denke, ein Hofkonditor, der seine Fachwissenschaft zum Teil aus dem Werke von Karl Paul, einem Buch, das noch gar nicht einmal als kompetent gelten kann, schöpfte, erklärt Fachleuten, die jahrelang und bald ein halbes Menschenalter hindurch stets praktisch tätig waren, für leistungsunfähig! Allerdings, um in seinem Betrieb das leisten zu können, was man in andern Fabriken nicht abliefern darf, dazu gehören wirklich allererste Kräfte. Nur er, der nach seinen eignen Erzählungen früher noch nie eine Schokoladenfabrik gesehen hat, ist auf der Höhe der Zeit. Dafür kann er aber auch dann nach seinen Rezepten besonders delikate Schokolade mit Nußöl herstellen und seinen Betriebsleitern, die ihn auf die Verbandsvorschriften hinweisen, erklären, daß diese nur für Mitglieder des Verbandes da wären. Nun die Fabrik selbst: Ich freute mich schon im stillen auf die M 5000 Verdienst p. a., als ich aber den Betrieb sah, fing ich an zu rechnen (ich schreibe das, um zu zeigen, was für Inserate losgelassen und wie Leute geleimt werden) und ich bekam folgendes heraus: Schokolade bei vorhandenem Inventar im günstigsten Fall pro Tag 2 Zentner = za. M 300 und Laborator, wovon übrigens gar nichts zu sehen war, pro Tag za. M 150 = also za. M 135 000 pro Jahr. Ich halte es aber für vollständig ausgeschlossen, daß man mit za. 48 Tafelformen und einigen Dessertformen, sowie mit dem Maschinenmaterial ein solches Quantum leisten kann. Man darf sich also wohl dagegen verwahren, daß ein Mann, der sich auf seinen Titel etwas zugute hält, die Gehilfen durch solche verfängliche Inserate nach Wismar lockt.

Ueber die Arbeitszeit ist folgendes mitzuteilen: Beschäftigt sind ein Gehilfe, zwei Lehrlinge, zwei Hausburschen. Der Gehilfe, mir als erster Konditor vorgestellt, hat M 50 Salär pro Monat, der eine Lehrling hat bereits drei Jahre Bäcker gelernt und soll nun noch zwei Jahre Konditor lernen, dafür erhält er vorläufig nichts, nach zwei Jahren aber soll er M 200 bekommen. Die Hausburschen und der andre Lehrling, wenn ich richtig gehört habe, beide noch unter 16 Jahren, dürfen auch von früh 6 bis abends 10 Uhr auf dem Posten sein, wie auch für die Gehilfen die Arbeitszeit, trotzdem sie von 6 bis 7 Uhr festgesetzt, unbeschränkt ist und Ueberstunden nicht bezahlt werden. Daß Sonntags bis 1 oder 2 Uhr gearbeitet werden muß, versteht sich am Rande. Alles in allem: Die Hofkonditorei L. Greve ist so, wie sie schon früher in unserm Organ geschildert wurde.

Hoflieferanten nehmen sich ja sehr oft das Recht heraus, das bei ihnen beschäftigte Personal nach allen Regeln der Kunst auszubeuten. Es wird demnach allerhöchste Zeit, daß organisierte Kollegen auch für solche Betriebe, wenn bekannt ist, daß in ihnen die Arbeiter als Sklaven, aber nicht als freie Menschen behandelt werden, ihre Arbeitskraft als zu schade halten oder wenigstens unter allen Umständen bei der zuständigen Zahlstelle vor Annahme einer Stelle Erkundigungen einziehen.

Ich selbst war natürlich bald dagewesen: Der Zufall wollte es, daß ich am sechsten Tag meiner Beschäftigung unwohl war und infolgedessen nicht schon um 6 Uhr antreten konnte. Bereits um 7¼ Uhr kam der Herr Prinzipal in meinen Salon und erklärte mir, daß ich mich als entlassen betrachten konnte. Da ich mir aber nicht bewußt war, in irgendeiner Weise seine Gunst verscherzt zu haben, opponierte ich dagegen. Und nun kam das alte Lied: Erst war es ihm Grund genug, daß ich nicht rechtzeitig an der Arbeit war, jetzt konnte ich ihm nicht genügend leisten und hätte mich nicht nach seinem Wunsch aufgeführt. Jedenfalls, weil ich dem ersten Konditor den Rat gab, sich zu organisieren. Es war also aus mit meiner schönen Stellung, aus mit den M 5000 Verdienst und jetzt bleibt nur noch das Gewerbegericht, das auch für Hofkonditoren existiert.

W.

Bäcker- und Konditorenverhältnisse in Württemberg.

Aus dem Jahresbericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1908, aus welchem wir bereits in letzter Nummer einen Auszug brachten, bringen wir noch das Folgende zur Kenntnis unsrer Leser:

Die Tätigkeit des ärztlichen Mitgliedes der Gewerbe-Inspektion beginnt sich schon zu zeigen, doch erstreckt sie sich vorläufig fast ausnahmslos auf Großbetriebe, so daß die einer besonderen ärztlichen Ueberwachung bedürfenden Bäckereien und Konditoreien von der Tätigkeit des Obermedizinalrates Dr. Scheuerlen wenig oder gar keinen Vorteil ziehen können. Hoffentlich wird unsre Erwartung nicht getrübt, daß auch im Bäckereibetriebe von dieser prinzipiell wichtigen Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion Vorteile gezeitigt werden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß hinsichtlich seiner Einrichtungen im allgemeinen und in erster Linie in gesundheitlicher Beziehung der Kleinbetrieb hinter dem Großbetrieb zurückstehen muß. Der Großbetrieb ist in der Regel finanziell weit leichter in der Lage, gesundheitliche Einrichtungen im Interesse der Arbeiter zu machen, die ja auch ihre Vorteile für das Unternehmen selbst haben. Der Großbetrieb wird auch öfter, länger und sachgemäßer von den Beamten der Gewerbe-Inspektion, der Berufsgenossenschaften, eventuell auch der Sanitätsbehörden beaufsichtigt. Alle diese Anläße führen dazu, daß der Unternehmer häufiger im Großbetrieb als im Kleinbetrieb auf die Mißstände im Betrieb, auf die gesundheitlichen und sonstigen Gefahren für die Arbeiter aufmerksam gemacht wird. Endlich wird der Leiter eines Großbetriebes und die ihm unterstellten Beamten in viel höherem Maße vorgebildet für die Leitung eines Betriebes und damit auch für die Feststellung von Mängeln, die nicht nur dem Betriebe, sondern den Arbeitern, oft beiden zugleich zum Schaden gereichen. Im Kleinbetriebe fehlen alle diese Voraussetzungen. Jede neue Einrichtung kommt in viel höherem Maße dem Großbetrieb als dem Kleinbetrieb zugute, dies gilt natürlich auch von der Einführung eines ärztlichen Mitgliedes in den Kreis der württembergischen Gewerbe-Inspektion. So wird von seiner Tätigkeit mitgeteilt, daß die Revision verschiedener Fabriken in erster Linie zu dem Zwecke erfolgte, um über die Leistungsfähigkeit neuer sanitärer Verbesserungen und in gemeinsamer Aussprache hierüber ein sicheres Urteil zu gewinnen. Unzweifelhaft liegen die ungünstigen Verhältnisse in der Bäckerei und in der Konditorei in hohem Maße begründet in dem Vorherrschen des Kleinbetriebes. Auch aus dieser Tatsache ersieht man, daß der Bäckergehilfe, der sich nicht mit der zumeist unerfüllten Hoffnung trägt, einmal selbst ausbeutender Meister zu werden, an der Mittelstandspolitik, an der Erhaltung des Kleinbetriebes kein Interesse haben kann. Wir kennen ganz genau all' die Nachteile, die der Arbeiter im Großbetrieb zu erleiden hat, und wir haben dem auch

reichlich und bei jeder Gelegenheit Ausdruck verliehen, aber sicher ist es, daß die Nachteile, die dem Arbeiter im Kleinbetriebe blühen, viel größere sind, ebenso in ökonomischer Beziehung, wie hinsichtlich der gesundheitlichen Verhältnisse. Veranlassen uns die Inspektionen des ärztlichen Mitgliedes unter den württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten zu diesen Bemerkungen, so müssen wir aber auch hieraus den weiteren Schluß ziehen, daß die Ernennung eines ärztlichen Mitgliedes der Gewerbeaufsicht in Württemberg als ein Anfang wohl gewürdigt werden kann, daß er aber nur dann als eine erfreuliche Erscheinung bezeichnet werden darf, wenn rasch die erforderliche Vermehrung der ärztlichen Beamten vorgenommen wird.

Während im allgemeinen die Gewerbe-Inspektoren ihre Beziehungen zu den Unternehmern als durchaus zufriedenstellend bezeichnen, war es in den kleinen Betrieben, namentlich in den sogenannten Verordnungsbetrieben, wozu auch die Bäckereien und Konditoreien gehören, den diese Betriebe in der Hauptsache revidierenden Assistenten mitunter nur durch geschicktes Eingehen auf die Eigenheiten der Unternehmer möglich, die Revisionen anstandslos zu vollziehen. So fühlte sich ein Bäckermeister, der in seiner Gemeinde verschiedene Ehrenämter bekleidet, an seiner Ehre sehr angegriffen, weil er wegen zu langer und schwerer Beschäftigung seines Lehrlings beim Oberamt zur Anzeige gebracht worden war; er machte deshalb dem Beamten schwere Vorwürfe. Ein andrer Bäckermeister, der zum Weißen und Instandsetzen seiner verrußten und schmutzigen Backstube aufgefordert wurde, trat dem Beamten in Gegenwart dritter Personen mit den Worten entgegen: „Nur den Schurz angezogen und geweißnet. Sie sind ja so ein Weißner.“ Es ist jedenfalls charakteristisch, daß gerade von den Bäckermeistern derartige Mitteilungen gemacht werden. Zu den ebenerwähnten Klagen aus dem ersten Aufsichtsbezirk (Stuttgart und weitere Umgebung) kommt die Bemerkung aus dem zweiten Aufsichtsbezirk, daß sich der Verkehr des Gewerbeassistenten mit den Unternehmern größtenteils in befriedigender Weise gestaltete, daß er jedoch gegenüber kleinen Betriebsunternehmen bei der Durchführung der besonderen Arbeiterschutzbestimmungen besonders schwierig war, namentlich in Bäckereien, Wirtschaften und Malerwerkstätten. Dagegen wird aus dem vierten Aufsichtsbezirke gemeldet, daß der Assistent bei der Revision weit mehr Entgegenkommen als früher findet. Die Inhaber dieser Betriebe, sind, wie der Aufsichtsbeamte mitteilt, nach wie vor über die für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen ungehalten; sie verstehen jedoch die Person von der Sache zu trennen und bereiten den vollziehenden Revisionen keine Schwierigkeiten mehr.

Zu unserm lebhaften Bedauern müssen wir aber auch mitteilen, daß sich auch die Arbeiter nicht tadellos den Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber betragen. So wird aus dem ersten Bezirk berichtet, daß dem Assistenten bei der Befragung über die Dauer der Arbeits- und Ruhezeiten auch in Abwesenheit des Unternehmers mitunter noch ausweichende, schroffe und falsche Angaben von Gehilfen und Lehrlingen gemacht werden. Dies ist, wie der Aufsichtsbeamte annimmt, nicht zum wenigsten auf die Furcht zurückzuführen, durch wahrheitsgetreue Antworten in mißliche Arbeitsverhältnisse zu geraten. Der Gewerbeassistent für den zweiten Aufsichtsbezirk fand, daß die von ihm in Gegenwart ihrer Unternehmer über Arbeits- und Ruhezeiten befragten Arbeiter und Lehrlinge nur ungern und ausweichend antworteten. Dies war hauptsächlich in Bäckereien und Gast- und Schankwirtschaften der Fall, wo Lehrlinge und mitunter auch Gehilfen ihre Angaben nicht selten in der reinsten Angst gemacht haben; wenn dann eine Zuwiderhandlung an den Tag gefördert worden war, so sei sie von dem Unternehmer des öfteren, zum Teil in barscher Weise bestritten und abzuschwächen versucht worden.

Ueber das Lehrlingswesen macht der Aufsichtsbeamte für den dritten Bezirk, der den ganzen Donaukreis, und außerdem den Oberamtsbezirk Eßlingen umfaßt, die nachstehende Bemerkung: Der Mangel an Lehrlingen trat im Berichtsjahr besonders stark hervor. Besonders in den Bäckerein war die Nachfrage eine äußerst rege. Den Klagen einer großen Zahl der Bäckermeister, Lehrlinge seien nicht zu bekommen, steht die Angabe andrer gegenüber, denen es nicht an Angeboten gefehlt hat; es gehört eben auch zur Lehrlingsanwerbung ein gewisses Geschick, das nicht jedem gegeben ist.

Ueber die Kinderbeschäftigung wird aus dem ersten Bezirke gemeldet, daß trotz Strafandrohung und verschiedentlicher Bestrafungen Bäcker immer noch Kinder in unzulässiger Weise mit Warenaustragen beschäftigen. Es sei sehr schwer, diese Kinder ausfindig zu machen, da allgemein über Kinderbeschäftigung Stillschweigen beobachtet wird. Die Strafen betrugen bei vier Bäckermeistern je *M* 5 und bei acht je *M* 3. Ein Bäcker in M., welcher keine Kinder zum Austragen seiner Waren auftreiben konnte und Gefahr lief, seine Kundschaft einzubüßen, verkauft neuerdings seine Erzeugnisse regelmäßig an einen Unternehmer, der diese dann von sich aus durch seine eignen Kinder an Kunden austragen läßt. Der Unternehmer bezahlt nach einer Mitteilung des betreffenden Schultheißen für diesen Nebenerwerb Gewerbesteuer. Beharrliche Zuwiderhandlungen wurden auch im zweiten Aufsichtsbezirke festgestellt. In einer größeren Gemeinde gestattete die Ortsbehörde einem Bäckermeister, schulpflichtige Knaben Sonntags vormittags von 6½ bis 8 Uhr mit dm Austragen von Backwaren zu beschäftigen. Da sie sich hierbei nur auf Uebergangsbestimmungen stützte, die jetzt nicht mehr in Kraft sind, wurde die Ortsbehörde zur Zurücknahme der erteilten Erlaubnis veranlaßt. Auch in den übrigen Berichten wird über die Uebertretungen des Kinderschutzgesetzes durch die Bäckermeister Klage geführt.

Aus dem östlichen Agitationsgebiet

wird uns geschrieben:

Glücklicherweise sind wir in den Hochsommer hineingekommen. Für das Bäckergewerbe bedeutet dieser Jahresabschnitt die Zeit der Hochkonjunktur, weil, wie die Bäckermeister behaupten, sehr viele Gesellen auf dem Lande, in den Kleinstädten und in den Badeorten gebraucht werden. Diese Behauptung wäre beinahe wahr, wenn die gegenwärtige Wirklichkeit uns nicht ein andres Lied sänge. Doch ist jene unzutreffende Ansicht noch vielfach auch unter unsern Kollegen vorhanden, und manche der hoffnungsirrenden Seelen ist dieser groben Täuschung zum Opfer gefallen. Hauptsächlich sind es die älteren Berufskollegen, die von den alten guten Zeiten, in welchen es keine Arbeitslosigkeit gegeben habe, sprechen und durch ihre Gedächtnisschwäche die momentanen Zeitverhältnisse nicht erfassen können. Wohl gab es auch in unserm Berufe einstens eine andre Zeit, wo trotz Unterdrückung und Ausbeutung das Elend der Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße bekannt war wie heute. Aber: Es war einmal — und lang, lang ist's her! Die ökonomische Entwicklung hat auch auf unser Gewerbe revolutionierend gewirkt, und andre Ursachen erzeugen auch andre Wirkungen. Wir können daher jetzt überall wahrnehmen, daß trotz „Hochkonjunktur“ ein großer Teil unsrer Kollegen im Winter wie im Sommer arbeitslos ist. Und obwohl hier im Osten unsre Kollegen ziemliche Wanderlust nach dem Westen besitzen, tritt trotzalledem diese Arbeitslosigkeit in so starkem Maße nicht nur in den Groß-, sondern auch in den Provinzialstädten in Erscheinung, so daß viele Bäckermeister dem Reiz nicht widerstehen können, mit Gesundheit und Leben der Bäckergesellen nun erst recht Schindluder zu spielen. In letzter Zeit wurden die Löhne sowie die ganze Lebenshaltung unsrer Berufskollegen wieder stark beschnitten. Die Lehrlingszüchterei wird mit Hilfe der ehemaligen „Gelben“ immer schamloser betrieben, und davon, daß die Behörden sich um die Arbeitszeit und Arbeitsräume bekümmern, ist der Kollegenschaft auch so gut wie nichts bekannt. Die Bäckergesellen und Lehrlinge müssen weiter in den Höhlen (Werkstätten sind diese Kellerlöcher nicht zu nennen) arbeiten. Verordnungen und Gesetze stehen anscheinend nur auf dem Papier.

Also trotz der „Hochkonjunktur“ die reine winterliche Depression, und die Zeichen des Elends werden sich noch weit schlimmer bemerkbar machen, wenn es dem Verbande in der kommenden Zeit nicht gelingen sollte, einigermaßen die Herrschaft der Bäckermeister zu beschneiden und den Gelüsten der Innungen Einhalt zu gebieten. Von unsern Verbandskollegen muß die Aufklärungsarbeit in der ausgiebigsten und unermüdlichsten Weise mehr als je betrieben werden; denn nur allein dieser Weg kann uns zur Erreichung und Erlangung unsrer Ziele führen. Wenn die Kollegen hier im Osten erwachen und sich auf ihre Menschenwürde und Ehre besinnen, dann werden sie auch die Bahnen zu ihrer Befreiung finden. Bei der jüngeren Generation sind Zeichen genug vorhanden, daß sie anfangen, klarer zu denken, und wenn von den älteren Mitgliedern der Organisation die Agitation mit vollem Eifer einsetzt, so wird sie reiche Früchte tragen. Selbst die alten „Herbergsinventarien“ werden, der Not, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, bald zur Einsicht kommen müssen.

Einige Beispiele, wie es jetzt hier noch aussieht.

Gelegentlich der letzten Agitationstour wurde festgestellt, daß in Culm ein Bäckermeister S. je nachdem 12 bis 14 Lehrlinge und einen Gesellen beschäftigt.

In Thorn, dem polnischen Metz, existiert eine Bäckerei, in welcher die sonderbarsten baulichen Ausführungen zu finden sind. Am Hause, besser bezeichnet als Bergwerk, steht in großen Buchstaben: „Erste Karlsbader Bäckerei“. Durch einen langen schmalen Gang, gelangt man zu der „erstklassigen“ Bäckerei auf dem schmutzigen Hofe. Sie liegt za. drei bis vier Stufen tiefer als der Erdboden. Als wir die primitive Einrichtung, hauptsächlich den sonderbar zusammengeleimten, anderthalb Meter hohen Bock, auf welchem ein Bäckergeselle mit Lebensgefahr vor den oberen Oefen herumtanzte, ansahen, wurde uns erzählt, daß unter diesem Keller noch ein Keller ist und dort ein Backofen steht, welcher jetzt auch im Betrieb ist. In diesen 3½ bis 4 m unter der Erde tiefliegenden Räumen arbeiten zwei Bäckergesellen, für kärglichen Lohn und Brot. Die Besitzerin und der Besitzer zählen zu den reichsten Bäckerfamilien der Stadt Thorn. Die alte Dame trägt ein echt aristokratisches Benehmen zur Schau — warum auch nicht — die Bäckergesellen schaffen ihr ja bei sechzehn- bis achtzehnstündiger Arbeitszeit das Gold zusammen. In Thorn besteht durchweg eine solch lange Arbeitszeit. Von einem Schutze für die Arbeiter auf Grund der erlassenen Verordnungen und Bestimmungen, merken diese auch nichts. Die Polizei hat ja alle Hände voll zu tun, die Gewerkschaften zu „überwachen“ und bei der Abtreibung der Versammlungslokale hilfreich einzuspringen. Die Lehrlingszüchterei ist hier auch in vollster Blüte. Der Bäckermeister W. hat zurzeit 5, sonst 6 Lehrlinge und keinen Gesellen. Bäckermeister, welche drei bis vier Lehrlinge halten, sind als recht bescheiden in diesem Punkte anzusehen. Die armen Proletarierkinder müssen, wenn sie die Nacht schwer gearbeitet haben, am Tage, mit großen Körben bepackt, mit Brot hausieren gehen und dann den Bäckermeistern das Geld nach Hause schleppen. Die Krauter genieren sich nicht, in dieser teuren Stadt den verheirateten Gesellen *M* 15 pro Woche zu geben. Nur einige zahlen etwas mehr. Es ist eben schwer, bei der polnisch sprechenden Bevölkerung den modernen Organisationsgedanken hineinzutragen. Auch in Schneidemühl haben die Bäckermeister gute Ruhe; dort ist noch alles still. Auf meiner Tour bei der Flugblattverbreitung, gerieten wir in einen Keller, wo es geradezu unheimlich war. Man wagte sich kaum hinein, obgleich an der Wand geschrieben stand: „Zur Bäckerei“. Der Raum, in den man zuerst eintrat, war ganz dunkel, spärlich mit einer Oellampe erleuchtet. Es war der „Backraum“, worin das tägliche Brot hergestellt wird. Den Raum genauer in Augenschein zu nehmen, war unmöglich, weil ein unheimlicher blaudunkler Rauch- und Qualm das Sehvermögen stark beeinträchtigte. Endlich erblickte man zwei, etwa 3½ Fuß große Gestalten, die dicht an dem Erdboden kauerten; es waren die beiden Lehrlinge, die, weil der Rauch keinen Abzug fand, nachdem der Ofen angebrannt war, sich an die Erde legten, um sich vor der Einatmung der Giftgase einigermaßen zu schützen. „Einen Gesellen hält der Meister niemals“, versicherten die beiden Lehrlinge; der eine fügte jedoch hinzu: Bei der Arbeit hilft uns aber der Meister. Schönes Zeugnis! Der Meister hilft — die Lehrlinge müssen arbeiten. Löhne für die Gesellen werden am Orte von *M* 5 an nach „oben“ gezahlt. Die Kollegen, die zur Versammlung kamen, waren vernünftiger Anregung zugänglich. Hoffentlich wird es auch hier bald anders.

In Bromberg duseln die Bäckergesellen noch immer weiter, obwohl ein früherer „Altgeselle“, wie sich die gelbe Pflanze nannte, das ganze Geld unterschlagen hat. Wie feige diese Gesellschaft war, konnte man merken, als man in einer Bäckerei (in Schleusenau) mit den Leuten in Verbindung treten wollte. Diese beiden Gesellen schämten sich, ihren Namen zu nennen. Der eine, „ein Erster“, arbeitet als Werkmeister täglich 14 bis 15 Stunden und erhält pro Woche *M* 8, der andre *M* 7. Die Bromberger Innungsprotzen verstehen es also auch ausgezeichnet, billige und willige Sklaven zu züchten.

In Inowrazlaw-Hohensalza bot sich die Gelegenheit, mit dem dort bestehenden polnischen Verein Rücksprache zu nehmen. Einstweilen war es nicht möglich, Vorteile für den Verband herauszuholen, weil die polnische Bevölkerung vollständig von Pfaffen und Dogmatikern verhetzt ist und der Chauvinismus die schlimmsten Folgen zeitigt. Die Versammlung wurde mit „Pan Jesus“ unter tiefer Verbeugung eröffnet. In persönlicher Aussprache wurde der Wunsch der Kollegen laut, daß eine öffentliche Versammlung demnächst vom Verbande einberufen werden soll, um sich klar zu werden, ob der Verband oder die „Bochumer Organisation“ besser sei. Die Zwecklosigkeit der „Bochumer“ (polnischen) Organisation sehen unsre Kollegen vollständig ein. Die Zukunft wird die Entscheidung bringen. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind auch hier miserabel und Arbeitslosigkeit gehört zu den alltäglichen Erscheinungen.

Nach Graudenz, der Zitadelle der gewesenen gelben Streikbrechergilde, wird der „unbewußte“ Urkundenfälscher wohl mal hinfahren müssen, um den gelben Bau mit Hilfe der Krauter wieder zusammenzuleimen. Im allgemeinen herrschen hier ebenfalls sehr traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Stamm der beschäftigten Bäckergesellen ist zu ängstlich, um sich der Praktiken, der Unterdrückung und Ausbeutung, zu erwehren. Hoffentlich wird es jedoch auch hier bald vorwärts gehen.

Auch in Danzig selber muß es bald anders werden. Die hiesigen Kollegen haben die moralische und sittliche Pflicht, für die Aufklärung der Kollegen und Ausbreitung des Verbandes zu sorgen. Der gelbe Wechselbalg liegt, von jedem ehrlich denkenden Kollegen gemieden, am Boden. Von den Danziger Kollegen muß der lebendige Geist der Vernunft und Freiheit in die Lande der westpreußischen Gaue hinausgehen. Kollegen, benutzt auch jede Minute und jede Stunde zu Eurer eigenen Bildung, denn damit stärkt Ihr die Macht des Verbandes und macht Euch frei von dem Drucke der Reaktion. Von Eurer Organisationsarbeit hängt es ab, wie weit wir in der nächsten Zeit kommen werden. Ueberall sind erfreuliche Anzeichen für die Weiterentwicklung des Verbandes gegeben, und je stärker das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit aller ehrlich denkenden und vorwärts strebenden Kollegen in der Einheit zum Ausdruck kommt, desto eher kommen wir zu der Erreichung unsrer Ziele. Rüsten wir! Vorwärts! A. G.

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Amberg. Am 27. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die schlecht besucht war. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, „Kassenbericht“, kritisierte Kollege Hoffmann, daß die Ausgaben für Cham nicht von der Gaukasse getragen werden. Zu Punkt 4 erläuterte der Vorsitzende, Kollege Nörl, das Verhalten der Meister in bezug auf Umgehung des Tarifes und führte auch die minimalen Löhne an. Dann beleuchtete er die lange Arbeitszeit und wies darauf hin, daß die Kollegen selbst die meiste Schuld an der schlechten Lage tragen, in der sie sich befinden. Leider gibt es noch so viele Schmarotzer, die sich in die besseren Stellen einbetteln; dieselben sind froh, wenn sie die Woche *M.* 24 bis *M.* 27 Lohn einstecken können, verstehen sich aber nicht dazu, 50 ₰ Beitrag an die Organisation dafür zu zahlen, damit später noch bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Auch verlas Nörl noch einen Brief, welcher ihm vom Obermeister Leitl zugestellt worden war. In diesem Brief versichert Herr Leitl, daß er bezüglich der ihm gemachten Vorwürfe unschuldig sei. Man weiß hier aber mit Bestimmtheit, daß es nicht so glatt zugeht, wie er schildert. Die Arbeitszeit der Lehrlinge wird nicht eingehalten; es scheint, als wenn die Meister nicht wissen, daß dieselben nur im ersten Jahre zehn, im zweiten elf und im dritten zwölf Stunden arbeiten dürfen. Auch tritt die Entlassung der älteren Bäckergehilfen immer dann ein, wenn deren Ausbeutung zu den billigsten Löhnen am längsten stattgefunden haben kann. Da heißt es dann: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehn!

Den Kollegen von Amberg ist angesichts dieser Tatsachen zuzurufen: Besucht vor allem Eure Versammlungen besser, 14 bis 15 Mitglieder dürfen auf keinen Fall in unsern Veranstaltungen fehlen! Alle Ausreden haben keinen Zweck. Haben wir schon so bedeutende Erfolge zu verzeichnen, daß Ihr Eure Verpflichtungen schwänzen könnt? Gewiß nicht! Und den fernstehenden Kollegen rufen wir noch zu: Schließt Euch der Organisation an, erwacht aus Eurem Schlafe, seht endlich ein, daß es so nicht weiter gehen kann unter diesen traurigen Verhältnissen. Beherzigt diese Ermahnungen und laßt die Kollegen, die Euch bei der Hausagitation besuchen werden, nicht wieder fortgehen, ohne daß Ihr Euch in den Verband habt aufnehmen lassen. Hinein in die Organisation — nur Einigkeit macht stark!

Berlin. Am 25. Juli hielt die Mitgliedschaft Berlin ihre Quartalsgeneralversammlung im Gewerkschaftshause ab. Kollege Thieme erstattete den Kassenbericht, der mit einer Einnahme (nebst altem Bestand) von *M.* 22 054 und einer Ausgabe von *M.* 19 805,03 abschließt, so daß ein Bestand von *M.* 2248,97 verbleibt. Unterstützung wurde an 300 Kollegen in Höhe von *M.* 6991,60 bezahlt. Der Mitgliederbestand hat sich auf 2875 erhöht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Eine außerordentliche und drei ordentliche Revisionen haben im verflossenen Quartal stattgefunden. Kollege Schneider erstattete den Vorstandsbericht und ging auf das Schicksal unsrer Petitionen, betreffend die gesetzliche Festlegung des sechsunddreißigstündigen Ruhetages näher ein. Vor kurzem hat sich bekanntlich auch der Ausschuß für Gutachten am Berliner Gewerbegericht zugunsten unsrer Forderung entschieden, trotzdem die Innungen auf eine Umfrage mit dreisten Legenden und Entstellungen geantwortet haben. So sollte die durchschnittliche Tagesproduktion pro Mann ganze *M.* 35 betragen. Um dieses zu widerlegen, mußte unserseits eine Erhebung vorgenommen werden, nach der festgestellt wurde, daß die wirkliche Produktion im Durchschnitt *M.* 65 bis *M.* 70 beträgt und sogar bis über *M.* 100 hinausgeht. Die gelbe Seuche hat dadurch, daß die Innungen nicht mehr für den „Bund“ zahlen wollen, ihren letzten Einfluß auf die Oeffentlichkeit verloren und ist vollständig in den Schlamm zurückversunken, aus dem sie in den letzten Jahren zum Himmel stank. Anstatt dessen ist uns ein neuer Gegner erstanden in der freien Ver-

einigung der Bäckermeister, die schon jetzt öffentlich erklärt, daß sie bei einem neuen Lohnkampfe von vornherein auf seiten der Innung stehen wird. Hingewiesen wurde noch besonders, daß, da voraussichtlich im nächsten Jahre größere Lohnbewegungen und Kämpfe heraufziehen, es unsre Hauptaufgabe sein muß, dafür zu sorgen, daß auch nicht eine Maus als Streikbrecher aus Berlin hinausgeht. Unter „Verschiedenes“ wurde strenge Kritik an einer Anzahl in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Kollegen geübt, weil sie es nicht für notwendig befunden haben, ihren Verdienst am 1. Mai in die Kasse abzuführen. Anstatt die Generalversammlung zu besuchen, haben es die betreffenden Kollegen auch vorgezogen, eine Kremserpartie zu machen. Traurig ist es, wenn solche Kollegen den andern ein derartig schlechtes Beispiel geben.

Bezirk Dresden. Generalbericht für Juli 1909. An Stelle der regulär am 8. Juli in **Dresden** abzuhaltenden Mitgliederversammlung trat eine Besichtigung der Dresden-Altstädter Milchversorgungsanstalt, die, mit den neuesten Errungenschaften der Technik versehen und in peinlichster Sauberkeit gehalten, allgemein das höchste Interesse erweckte; 95 pZt. aller deutschen Bäckereien könnten sich daran noch ein Beispiel nehmen. In zuvorkommender Weise stellte die Direktion Beamte zur Führung, die die einzelnen Einrichtungen, ihre Handhabung und deren Vorteile in sanitärer und hygienischer Beziehung erläuterten.

Die Sektion der Fabrikbranche hatte am 14. Juli ihre Versammlung. Ein Vortrag über „Wert und Nutzen der Genossenschaftsbewegung“, gehalten vom Kollegen Reymann, führte zu lebhafter Debatte. Allgemein wurde der Nutzen der Genossenschaftsbewegung auch für die in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anerkannt. Hoffentlich ziehen die Kollegen und Kolleginnen die Schlußfolgerungen aus diesen Debatten und werden kaufende Mitglieder der Konsumvereine. Kollege Kittmann gab noch den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Insbesondere die Frage des Zentralarbeitsnachweises wurde eingehend behandelt, da die reaktionäre Mehrheit der Dresdener Stadtverordneten zum zweiten Male einen Beitrag abgelehnt hat. Die Regierung wird aber trotzdem zur Errichtung des Zentralarbeitsnachweises schreiten, ohne die städtische Beihilfe, allerdings auf etwas andrer Grundlage als ursprünglich vorgesehen.

Die Funktionärkonferenz am 9. Juli beschäftigte sich mit Angelegenheiten interner Natur.

Die Quartalsversammlung (Gemeinsame) am 18. Juli nahm den Geschäfts- und Kassenbericht, erstattet vom Kollegen Rost, an Stelle des verhinderten Kollegen Reymann, entgegen. Ein Antrag, eine weitere Funktionärkonferenz einzuberufen, fand Annahme, desgleichen ein Antrag, der alle Beitragssammler verpflichtet, alle 14 Tage die kassierten Gelder an den Kassierer abzuliefern.

Weder in der Funktionär- noch in der Quartalsversammlung war ein Revisor vorhanden, so daß der Geschäftsleitung Decharge nicht erteilt werden konnte. Diese Schwänzerei der Revisoren verdient den schärfsten Tadel.

Eine Besprechung am 29. Juli über die Hausagitation in der Fabrikbranche war miserabel besucht. Prozentual waren die Kolleginnen am stärksten vertreten. Von diesen wiederum hatte es anscheinend die Kollegin in der Nudelabteilung des Konsumvereins „Vorwärts“ nicht nötig, sich an praktischer Mitarbeit zu beteiligen. Fähige Kräfte gibt es zweifellos genug. Die Gleichgültigkeit, die sich oftmals bis zu notorischer Faulheit steigert, ist leider zu groß. Vor allem die Kollegen sind so unzufrieden mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen, aber mitarbeiten, um neue Kämpfer zu gewinnen, damit endlich einmal ein Vorstoß gewagt werden kann, gibt es nicht. Die nächste Sektionsversammlung der Fabrikbranche wird sich ganz ernstlich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Betriebsversammlungen fanden zwei statt.

Das am 25. Juli abgehaltene Sommerfest verlief, abgesehen von einigen unorganisierten Störenfrieden, denen das Lokal verwiesen werden mußte, in schönster Harmonie. Trotz guten Besuchs war es im Verhältnis zur Zahl der organisierten Kollegen immerhin aber noch als schwach zu bezeichnen. Die Mitglieder müssen sich mehr als bisher angewöhnen, an den Tagen unsrer Feste nur diese zu unterstützen.

Am 15. Juli tagte im **Plauenschen Grund** eine öffentliche Versammlung, die leider schwach besucht war. Es kam dort zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen mit Bundesanhängern im Anschluß an die Kritik des Kollegen Reymann über den unwahren Versammlungsbericht, der im Bundesblatt (Nr. 10 vom 22. Mai) zu lesen war. Die anwesenden Bundesmitglieder konnten die im Bericht behaupteten Sachen nicht hochhalten, sondern meinten, daß hier „ein Schnitzer“ vorliege. Ein Bundeskollege erklärte, daß er bereits die Konsequenzen gezogen habe und ausgetreten sei. Interessant war, zu hören, daß der Vorsitzende des Bundes im Plauenschen Grund, Frantzke, heiraten will und mit seiner zukünftigen Frau „Strümpfe mit Strickmaschinen“ anfertigen wird, um leben zu können, da er als verheirateter Geselle nicht existieren kann. Festgestellt wurde auch einmal, daß Frantzke vor längerer Zeit äußerte: „Wenn ich im Konsum Arbeit bekomme, trete ich auch dem Verband bei.“ Bundesmitglied Häuser konnte die Ausführungen nicht widerlegen und schien auch zur Einsicht gekommen zu sein, daß das Wort zutrifft: „Wer nicht feste um sich haut, hat nur auf Sand gebaut.“

In **Neugersdorf** fand eine öffentliche Bäckerversammlung am 18. Juli statt, in der Kollege Reymann, Dresden, über „Die Entwicklung des Kleinbetriebes zum Großbetrieb“ sprach. Es wurde dann noch über die Hausagitation gesprochen und alle gelobten mitzuarbeiten. Fünf weitere Aufnahmen waren zu verzeichnen.

Die Bäckerversammlung in **Pirna** am 20. Juli war nur schwach besucht. Trotzdem die Kollegen den Ausführungen des Referenten nur zustimmen konnten; trotzdem ferner ein großer Mißmut über die niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsverhältnisse zum Ausdruck kam, konnte sich keiner zum Beitritt entschließen. Zum größten Teil ist unglaubliche Feigheit der Grund und die Ursache ihres Tuns.

Eisenach. Eine sehr schöne Versammlung fand am 25. Juli im „Engel“ statt. Es zeigte sich dort wieder recht deutlich, daß für die hier im Konsumverein arbeitenden Kollegen die soziale Frage gelöst ist und sie es eben nicht für notwendig halten, die Mitgliederversammlungen zu besuchen. Soll auf diese Art Aufklärung in die Reihen der Kollegen getragen werden? Man kann sicher sein, daß bei einer solchen Agitation keine neuen Mitglieder gewonnen werden, und den länger zahlenden Kollegen wird ihre Mitgliedschaft dann leider auch nur noch eine Gewohnheit, die Beiträge zu entrichten. Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Kollege Hand ans Werk legt und mitarbeitet, mithilft an der Aufklärung der Kollegen über ihre Lage als Bäckergesellen und über ihre Zukunft.

Gelsenkirchen. Am 21. Juli fand die Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: Quartalsabrechnung und Kassenbericht, Vortrag des Kollegen Kollmair, Ergänzung des Vorstandes und Verschiedenes. Kollege Kollmair sprach hauptsächlich über Hausagitation. Er ermahnte die Kollegen, tüchtig mitzuarbeiten, da es nicht einzelne machen könnten und jedes Mitglied es als seine Pflicht ansehen müsse, bei dieser Arbeit mitzuhelfen, damit wir in Gelsenkirchen Erfolge erzielen. Zum Punkt „Ergänzung des Vorstandes“ gab Kollege Neumann bekannt, daß er mit Arbeiten und Posten derartig überhäuft sei, daß er Vorstands- und Kassiererposten nicht mehr zusammen so ausfüllen könne, wie es sich gehöre. Somit sei die Wahl eines Kassierers und auch eines zweiten Revisors nötig. Gewählt wurden Fritz Heitmann als Kassierer und Heinrich Hause als Revisor. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, an den neugewählten Gesellenausschuß zwecks Einberufung einer Versammlung und Stellungnahme zur Abschaffung der Sonntagsarbeit heranzutreten.

Hannover. Am 20. Juli fand hier im Saale des Arbeitervereins eine öffentliche Bäckerversammlung statt, welche leider, trotz schriftlicher Einladung, nur mäßig besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Die diesjährigen Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe und welche Lehren ziehen wir daraus?“ Kollege Wiglow erteilte dem Gauleiter Liescher das Wort. Derselbe wies in großen Zügen auf die Arbeitslosigkeit im letzten Winter hin, die sich in allen Gewerben fühlbar gemacht hatte und dadurch den Rücktritt der Kollegen in unser Gewerbe bedingte. Dann legte er die letzten Kämpfe, besonders der Münchner, dar, wo trotz aller Scharfmacherei der Berliner Innungsführer und der Christlichen es gelang, einen guten Tarif abzuschließen. Ferner wies Liescher darauf hin, daß wir in Hannover die gleichen Verhältnisse in bezug auf Kleinbäckereien hätten wie in München und daß es eine krasse Lüge unsrer Gegner sei, wenn sie behaupten, in Städten mit Kleinbetrieben könnten unsre Forderungen nie bewilligt werden. Weiter streifte er den Berliner Tarifbruch und ermahnte zum Schluß alle Anwesenden, jetzt energisch mitzuwirken und endlich der Organisation beizutreten, damit auch hier bessere Verhältnisse geschaffen würden. Man konnte bemerken, wie die Kollegen mit wachsendem Interesse den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen gefolgt waren. Es wurden mehrere Aufnahmen vollzogen. Zum zweiten Punkt: „Freie Aussprache“, führten nochmals zwei ältere Kollegen allen Anwesenden die Vorteile der Organisation vor Augen.

Mülhausen i. E. Am 30. Juli tagte hier eine schwach besuchte Betriebsversammlung der in der Nudelfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Lankes führte in seinem Referat den Anwesenden und den in der Teig- und Nudelfabrikation in Elsaß-Lothringen zahlreich Beschäftigten ihre schlechte Lage deutlich vor Augen. Er wies nach, daß nur durch die Organisation eine Verbesserung möglich sei. Auch zeigte er den Anwesenden, daß auch sie durch die Organisation schon Vorteile errungen haben. Als z. B. der Streik in Colmar-Logelbach im vorigen Jahre ausbrach, erhielt die betreffende Arbeiterschaft hier am Platze eine Zulage von 10 ₰; es sollte die Kollegenschaft dadurch abgehalten werden, sich in diesem Betriebe dem Verbande anzuschließen. Zum Schluß ersuchte Kollege Neupert die Kollegen, sich nicht durch den schwachen Besuch zurückschrecken zu lassen, sondern erst recht zu erscheinen und für die Versammlungen zu werben. Mehrere neue Mitkämpfer wurden gewonnen.

Wittenberg a. d. E. Am 19. Juli fand hier eine Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie statt. Es befindet sich hier eine Zweigstelle der Aktiengesellschaft für automatischen Verkauf, Kakao- und Schokoladenfabrik. Seit geraumer Zeit sind durch die Beschäftigten große Mißstände in diesem Betriebe laut geworden. Auf Grund immer wiederkehrender Beschwerden beim Gewerkschaftskartell wurde deshalb eine öffentliche Versammlung für diese Branche einberufen; Kollege Friedrich-Halle hatte das Referat übernommen. An der Hand reichhaltigen Materials und der famosen Arbeitsordnung dieses Betriebes war es ein leichtes, zu beweisen, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem Kapitalisten bedingungslos **unterwerfen müssen,** wie es so schön in der Arbeitsordnung heißt. Auf 13 Seiten sind die Pflichten und deren pünktliche Ausführung, Strafbestimmungen usw. für die Beschäftigten aufgezählt, aber von Rechten als Gegenleistung sieht man nichts. Für dieses Musterwerk soll jeder, welcher es beim Austritt nicht in sauberem Zustande abliefert, auch noch 25 ₰ zahlen. Das Strafsystem ist geradezu raffiniert ausgebaut. Außer einem Dutzend Fällen, in denen sofortige Entlassung angedroht wird, findet man Geldstrafen in Höhe von 5 ₰ bis zu einem halben Tagelohn vorgeschrieben. Wer später als drei Minuten nach dem Glockenschlag erscheint, muß außerdem den Grund hierfür in ein vom Türhüter verwahrtes Buch eintragen und mit Unterschrift versehen. Ferner enthält die Arbeitsordnung Bestimmungen, durch welche Arbeiter oder Arbeiterinnen um einen ganzen Wochenlohn gebracht werden können. Der Herr Direktor dieses Musterbetriebes scheint auch die Worte: „Erhaltung und Förderung der guten Sitten“, welche im ersten Absatz der Fabrikordnung jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin so warm ans Herz gelegt werden, nicht für sich bestehend zu betrachten, sonst würde der gebildete Herr nicht nach Arbeitsschluß in der Arbeiterinnengarderobe erscheinen und beim Umkleiden zuschauen. Die Arbeiterinnen sind selbstverständlich empört über solche Behandlung, konnten sich jedoch nicht wehren, weil sie der Organisation, die ihre Interessen wahren würde, fernstanden. Dieser Herr Direktor hatte unsrer Einladung zur Versammlung Folge geleistet und musterte die Anwesenden scharf; lange dauerte sein Aufenthalt aber nicht, denn als der Referent die Unternehmermanieren zu kennzeichnen begann, zog er es vor, zu verschwinden.

Kollegen und Kolleginnen von Wittenberg! Ihr seid alle empört über die elende Bezahlung, über Eure Behandlung, über das Strafsystem, über den ganzen unbarmherzigen Druck, der auf Euch lastet — erkennt nun endlich, daß das stille Räsonieren nichts nützt! Vereinigen müßt Ihr Euch zu einem geschlossenen Ganzen, und dies könnt Ihr nur in der zuständigen Organisation, dem deutschen Bäcker- und Konditorenverbande!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zum Kampf im Hamburger Baugewerbe. Die Streikleitungen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erhielten von dem Gewerbegericht offiziell die Mitteilung, daß durch eine unparteiische Person das Gewerbegericht ersucht worden sei, in dem Lohnkampfe noch einmal als Einigungsamt zu fungieren, und daß das Gewerbegericht geneigt sei, nach § 65 des Gewerbegerichtsgesetzes dem Ersuchen nachzukommen, wenn beide Parteien das Einigungsamt anerkennen. Die Leitungen der Arbeiterverbände haben sofort Herrn Dr. Kemnitz ihre Zustimmung mitgeteilt.

Die in diesem Kampfe wochenlang anhaltende Stille war jetzt einer fieberhaften Aufregung gewichen. Wenigstens kommt diese Aufregung bei den Unternehmern recht deutlich zum Vorschein. Die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“ sind jetzt ziemlich alle in Arbeit getreten. Von keiner gelben Organisation kann ärgerer Verrat an der Arbeiterschaft begangen werden als dies hier durch die „Freie Vereinigung“ geschehen ist. Seit mehr als acht Jahren haben diese „frei vereinigten“ Maurer den Unternehmern Helfersdienste geleistet. Ueberall, wo die Unternehmer sich in einer bedrängten Lage gegenüber dem Zentralverband der Maurer Deutschlands befanden, ist die „Freie Vereinigung“ auf dem Plan erschienen und hat dann gemeinsam mit den Unternehmern den Zentralverband bekämpft. Als Lohn für diese langjährigen Liebesdienste wurde die große Mehrzahl der Mitglieder der Vereinigung zu Anfang der Aussperrung ohne irgend welche Ursache auf die Straße gesetzt. Alles Betteln und Flehen des Vorstandes der Vereinigung war vergeblich. Die Unternehmer waren unerbittlich. Die „Freie Vereinigung“ mit ihren ungenügenden Geldmitteln kam in eine sehr bedrängte Lage, erst nach Ablauf der dritten Woche konnten ihre Mitglieder ℳ 10 pro Woche an Streikunterstützung erhalten. Aber aus dieser Drangsalierung durch die Unternehmer hat die „Freie Vereinigung“ keine Lehre gezogen. Nachdem der Kampf acht Wochen dauerte und den Unternehmern sozusagen schon das Feuer auf den Nägeln brannte, da mußte die „Freie Vereinigung“ wieder den Retter in der Not spielen. Der Bund der Maurer- und Zimmermeister hat mit dem Vorstande der „Freien Vereinigung“ einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Mitglieder der Vereinigung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Das ist selbst den lokalorganisierten Bauarbeitern zu stark, einem Verein, der sonst der „Freien Vereinigung“ ziemlich verwandt ist. Die Lokalorganisierten beschlossen, daß keines ihrer Mitglieder mit den „freien Maurern Hamburgs“ zusammen arbeiten darf.

Die Unternehmer wollten nun dafür sorgen, die genügende Zahl Hilfsarbeiter für die Streikbrecher zu beschaffen. Es sind in den letzten acht Tagen auch von Berlin, Hannover, Magdeburg und aus dem westfälischen Industriegebiet im ganzen zirka 400 bis 500 Mann in Hamburg eingezogen. Ein großer Teil ist aber schon wieder abgereist, der Rest arbeitet als Betonarbeiter oder wird beim Materialtransport beschäftigt. Es ist den Agenten bisher nicht gelungen, Maurer und Zimmerer in großer Zahl zu beschaffen.

Der Ausstand der Kieler städtischen Arbeiter dauert nunmehr die achte Woche. Alle Versuche, den Magistrat zu Verhandlungen auf irgend einer Basis zu bewegen, sind gescheitert. Wenn die Stadtverwaltung auch vorgibt, daß die Betriebe wieder tadellos funktionieren, so beweist doch die Tatsache, daß sie in allen Gegenden des Reiches, besonders in Ostelbien, Streikbrecher sucht, wie es in Wirklichkeit ist. Seit Beginn des Streiks haben eben die Einwohner mit den sich aus dem Kampfe ergebenden Kalamitäten zu rechnen. Es scheint bald, als wollte der Magistrat die halbe Beleuchtung der Stadt, die unzureichende Reinigung der Straßen, die mangelhafte Müll- und Kübelabfuhr, die Verwilderung der Parkanlagen und andre Begleiterscheinungen des Streiks zur ständigen Einrichtung machen. Nicht das geringste Entgegenkommen den Streikenden und Ausgesperrten gegenüber, für Arbeitswillige aber alle Vergünstigungen. An Unkosten sind für diese nützlichen Elemente bis jetzt schon mehr ausgegeben, als die Bewilligung der ganzen Forderungen der am Kampf Beteiligten ausmacht. Der Austrag des Konflikts ist zur Machtfrage gestempelt worden. Dessenungeachtet halten die städtischen Arbeiter aus. Abtrünnige sind nicht zu verzeichnen. Bei weiterer Fernhaltung des Zuzuges muß der Sieg den Ausständigen und Ausgesperrten werden.

Polizei und Gerichte.

Eine verpuffte „Staatsaktion“. Der Obermeister der Bäckerinnung in Canth, Herr Knöfel, beschäftigte im Mai vorigen Jahres in seinem Betrieb sieben Jungen als Lehrlinge und keinen einzigen Gesellen. Zwei der Lehrlinge liefen ihrem Lehrmeister und Erzieher fort, weil die Behandlung ihnen unerträglich war und die Ausbildung viel zu wünschen übrig ließ. Sie kamen zu dem damaligen Bezirksleiter des Bäckerverbandes, Genossen Ziegon, und baten denselben, er möge ihnen behilflich sein und den Meister Knöfel um Herausgabe ihrer Arbeitsbücher ersuchen. Die Jungen klagten, daß Knöfel sie mit allen möglichen Hausarbeiten beschäftige, insbesondere müßten sie — Maikäfer sammeln, dagegen kämen sie zur Arbeit in der Bäckerei fast gar nicht.

Genosse Z. richtete nun unter Hinweis auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung ein in höflichem Ton gehaltenes Schreiben an den Obermeister mit dem freundlichen Ersuchen, die Lehrlinge fortzulassen und ihre Papiere herauszugeben.

Was geschah? Weil in diesem Briefe der Passus enthalten war:

> Nach den glaubhaften Darstellungen der Lehrlinge müßten wir Veranlassung nehmen, die große Zahl Ihrer Lehrlinge und die Art ihrer Ausbildung öffentlich einer Kritik zu unterziehen, eventuell durch die Zeitung Abhilfe zu schaffen,

übergab der Bäckermeister den Brief der Staatsanwaltschaft! Die aber sah darin ein gefundenes Fressen und erhob — unglaublich, aber wahr! — gegen Genossen Z. Anklage wegen — — — was glaubt man wohl? — wegen „Nötigung“! Um diese Ungeheuerlichkeit ganz zu fassen, muß man sich den Nötigungsparagraphen genau ansehen. Es ist der § 240 des Strafgesetzbuches und lautet also:

> Wer einen andern widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu ℳ 600 bestraft.

Gegen diesen Paragraphen sollte Z. mit obiger Briefstelle gesündigt haben; sie sei, so sagte der Amtsanwalt im Vollbewußtsein seiner juristischen Kenntnisse, eine — „Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen“.

Besonders charakteristisch für unsre Justiz ist die Tatsache, daß drei Breslauer Richter einen Eröffnungsbeschluß unterschrieben und die Hauptverhandlung anordneten, so daß diese unglaublich unjuristische Sache am Dienstag das Schöffengericht in Canth beschäftigte. Auch dort legte sich der Amtsanwalt noch einmal kräftig für die Bestrafung des „Nötigers“ ins Zeug und forderte seine Verurteilung zu ℳ 20 Geldstrafe und Tragung der Kosten!

Der Verteidiger Ziegons, Rechtsanwalt Simon aus Breslau, ging mit dieser Art Staatsrettung gebührend ins Gericht. Er beantragte kostenlose Freisprechung und führte weiter aus, daß von Nötigung und Androhung einer Beleidigung gar keine Rede sein könne. Lediglich eine Kritik der Zustände werde dem Knöfel durch den Brief in Aussicht gestellt; der Angeklagte habe aber nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt, an solcher Lehrlingszüchterei Kritik zu üben. Diese Kritik könne aber doch eine streng sachliche Darstellung der Tatsachen sein. Dem Angeklagten die Absicht der Beleidigung zu unterstellen, gehe doch nicht an.

Diesen Ausführungen trat das Gericht bei mit der Begründung, daß die Kritik einer gewerblichen Leistung kein Vergehen darstelle, selbst wenn dem Betroffenen dieselbe unangenehm sei. Heute werde in den Zeitungen doch so vieles kritisiert. Eine Nötigung erkenne das Gericht im vorliegenden Falle nicht an, und deshalb sei der Angeklagte freizusprechen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Ist es nicht geradezu aufreizend für den Steuerzahler, sehen zu müssen, wie hier durch gänzlich zweck- und nutzlose Prozessiererei das Geld hinausgeworfen wird? Glaubt man, mit solch kleinlichen Anklagen die Staatsautorität zu fördern oder gar das entschwundene Vertrauen zur Justiz wiederzugewinnen?

Allgemeine Rundschau.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Gelsenkirchen erhielten die freien Gewerkschaften 761, die Christlichen 876, die Hirsch-Dunckerschen 312 Stimmen. Bei der letzten Wahl vor vier Jahren erhielten die freien Gewerkschaften 523, die Christlichen 1284, die Hirsch-Dunckerschen 433 Stimmen. Die Christlichen büßten hiernach 408, die Hirsch-Dunckerschen 121 Stimmen ein, während die freien Gewerkschaften einen Gewinn von 238 Stimmen zu verzeichnen haben.

Die Reichstagsnachwahl in Neustadt-Landau i. d. Pfalz brachte der Sozialdemokratie einen großen Sieg. Genosse Huber erhielt in der Stichwahl gegen 1000 Stimmen mehr als der nationalliberale Gegenkandidat. Offenbar haben viele Arbeiter, die im ersten Wahlgange noch für das Zentrum eintraten, der Parole des letzteren, strikte Stimmenthaltung zu üben, den Gehorsam verweigert, und haben diesmal für ihren Klassengenossen den Wahlzettel abgegeben. Der Steuerschrecken hat auch diese bisher dem Zentrum gläubig folgenden Masse denken gelehrt und ihr die eingeimpfte Furcht vor der Sozialdemokratie genommen. Das ist die erste Quittung auf die Volksausplünderung — wahrlich, die Regierung wußte nur zu gut, weshalb sie in den Steuerfragen nicht an das Volk appellierte. Ihr graute vor der Antwort — sie wird ihr aber wohl doch nicht erspart bleiben!

Ernst (Albert) Wittich †.

Wie in Nr. 30 gemeldet, wurde die Mitgliedschaft Hamburg-Altona von einem schweren Verlust betroffen. Am Sonnabend, den 17. Juli, wurde unser treues Mitglied Albert Wittich von seinem langjährigen Leiden (Proletarierkrankheit) durch den Tod erlöst. In Lichtenstein, Kreis Grottkau, als Kind eines Arbeiters geboren, begab er sich nach seiner Breslauer Lehrzeit sogleich auf die Wanderschaft, kam 1891 nach Hamburg und schloß sich bald unsrer Organisation an. Seit dieser Zeit war er ständig für die Arbeiterbewegung tätig. Wenn auch kein Redner, so war er doch einer jener stillen ununterbrochen wirkenden Agitatoren, deren Vorbild alle nacheifern sollten. Mehrere Jahre war er Betriebskassierer und Delegierter seiner Arbeitsstätte. Aber nicht allein auf gewerkschaftlichem Gebiet, auch im politischen Klassenkampf stand er seinen Mann. Als solcher bekleidete er lange Jahre den Posten eines Bezirksführers, und überall, wo es galt, die Lage seiner Berufs- und Klassengenossen besser zu gestalten, war er dabei. Seine fortschreitende Krankheit zwang ihn allerdings in den letzten Jahren, seine Tätigkeit mehr und mehr einzuschränken. Trotzdem gab es keine Mitglieder-, Sektions- oder Bezirksversammlung, in welcher er nicht erschienen wäre, um mit größter Aufmerksamkeit den Verhandlungen zu folgen; und durch seine Rührigkeit, sein Interesse, beschämte er so manchen gesunden Kollegen. Unter großer Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsgenossen wurde er am Mittwoch, den 21. Juli, auf dem Ohlsdorfer Friedhof zur letzten Ruhe bestattet. Neben der Fahne der Gesellenschaft Hamburgs folgte ihm die Parteifahne auf dem letzten Wege, und die Liedertafel „Amicitia Concordia“ sang stimmungsvolle Abschiedslieder. Der Kollege Stubbe widmete dem wackeren Kollegen und treuen Genossen einen ehrenvollen Nachruf.

Die Mitgliedschaft Hamburg-Altona wird Albert Wittich, als einem ihrer Besten, ein treues Andenken bewahren.

J. W.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Aus dem gelben Sumpfe. Mit schmatzendem Behagen beschäftigt sich das gelbe Bundesblättchen mit unserm Organ; es erzählt, Weidler-Hamburg sei jetzt zu wiederholten Malen ein gerichtlicher Denkzettel wegen Beleidigung achtbarer Personen des Bäckerhandwerks auferlegt worden. Der Schreibbeflissene soll seine Freude doch so lange eindämmen, bis die zweite Instanz in der Klagesache des Breslauer Bäckermeisters gesprochen hat! Nebenbei wünscht die edle Seele, daß die geplante Verschärfung der Preßbeleidigungsstrafen baldigst zur Durchführung kommt. Nach diesem frommen Wunsche wird den Lesern aber noch eine große Neuigkeit unterbreitet. Es heißt dort: „Die Verbandszeitung hat wiederum einen Redaktionswechsel erfahren, und zwar zeichnet jetzt A. Lankes verantwortlich.“ Natürlich weiß der phantasievolle Scribifax denn auch den Grund anzugeben. Er schreibt weiter: „Es ist eine allbekannte Tatsache, daß in sozialdemokratischen Kreisen diejenigen verantwortlich zeichnenden Redakteure, sobald sich bei ihnen ein gewisses Konto von Beleidigungsklagen angesammelt hat, ihres Postens enthoben und dafür wieder neue Namen vorgeschoben werden. Weitere Vergehen gegen die Ehre achtbarer Mitmenschen werden dann nur noch mit Gefängnis geahndet. Da sich bei der Hamburger Verbandszeitung jetzt das ähnliche Bild innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit zum vierten Male entwickelt, kann sich der Leser die Schlußfolgerungen von selbst ziehen.“ Jede Zeile in schöner Abwechslung eine Dummheit oder ein dreister Schwindel.

„Die Naivität der Verbandszeitung ersieht man wieder einmal aus einer kurzen Notiz in ihrer Nr. 28, worin schlankweg die Behauptung aufgestellt wird, der Bund habe 2000 Mitglieder.“

Der gelbe Gustav verkündet das in seinem Organ und schimpft dann auf unsre Wahrheitsliebe, die ihm nicht gefallen will, nach Kräften. Aber er vergißt ganz und gar, den Nachweis zu führen, wieviel Mitglieder in den gelben Hauptbüchern in Wirklichkeit eingetragen sind. Es wäre doch ganz interessant, wenn er uns und auch die Aushälter der Gelben, die Bäckermeister, einmal davon überführte, wieviel **zahlende Anhänger in den einzelnen Ortschaften stecken** und uns damit den Mund stopfte. **Das läßt er aber wohlweislich bleiben; denn solche findet er noch nicht einmal 2000 zusammen!**

Genossenschaftliches.

Unsern Genossenschaftstarif haben nach der Veröffentlichung in der vorigen Nummer dieses Blattes noch anerkannt: Cannstatt-Feuerbach (Spar- und Konsumverein), Helmstedt (Genossenschaftsbäckerei), Harburg (Konsumverein Harburg-Wilhelmsburg und Umgegend), Hohenmölsen (Konsumverein), Ludwigsburg (Spar- und Konsumverein), Pößneck (Konsumverein), Schweinfurt (Konsumverein), Stuttgart (Spar- und Konsumverein), Straßburg i. E. (Konsumverein), Würzburg (Konsumverein).

Das sind nun insgesamt 57 tariftreue Vereine, welche zusammen 57 Backmeister und 860 Bäcker beschäftigen.

Aus dem Innungslager.

Die inkonsequenten Bäckermeister. Der Zweigverband „Rheinland“ des „Zentralverbandes Deutscher Bäckerinnungen Germania“ hielt kürzlich in Cöln seinen 25. Verbandstag ab. 225 Delegierte waren anwesend, die 58 Bäckerinnungen mit rund 4800 Mitgliedern vertraten. Es wurden zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt. Dann befaßte man sich mit der neuen Bäckereiverordnung und ihrer Handhabung. Der Ehrenvorsitzende des Germania-Verbandes, Bernard (Berlin), teilte wiederum mit, der Handelsminister Delbrück habe den Vertretern der deutschen Bäckermeister erklärt, daß die Verordnung milde gehandhabt (!) und keine Bäckerei geschlossen werde, bevor nicht die technische Kommission ihr Urteil abgegeben habe. Die Versammlung nahm diese Mitteilung beifällig auf. (Hoffentlich wird der Minister künftig auch Verordnungen „milde“ handhaben, die sich gegen die Interessen der Arbeiter richten. Bisher konnte man stets das Gegenteil wahrnehmen. Unter allen Umständen aber muß gefordert werden, daß die milde Handhabung der Bäckereiverordnung in keiner Weise die Gesundheit der Bäckereiarbeiter beeinträchtigt.)

Weiter beschäftigte man sich mit dem wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung, mit der Schädigung des Bäckergewerbes durch die Getreideausfuhrvergünstigung. Der erste Redner, Bernards (Berlin), erwähnte kurz in geschichtlicher Reihenfolge die zollpolitischen Maßnahmen, die seit dreißig Jahren im Interesse der Agrarier getroffen wurden. Eine fortwährende Steigerung der Brotpreise sei die Folge dieser Politik gewesen, insbesondere habe das System der Einfuhrscheine auf den Brotpreis gewirkt. Der Redner erinnerte dann an die Verhandlungen des Deutschen Reichstages über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die jetzige Brotteurung und sagte, daß durch den jetzigen Zustand das ganze deutsche Volk geschädigt werde.

Darauf begründete Bäckermeister Kasting-Cöln folgende Resolution:

„Der Verbandstag Rheinischer Bäckerinnungen gibt bei Beratung der gegenwärtigen sehr hohen Getreidepreise seinem Bedauern Ausdruck, daß bei der im Deutschen Reichstage erfolgten wiederholten Interpellation die Reichsregierung und die die agrarischen Interessen vertretenden Mehrheitsparteien es abgelehnt haben, Maßnahmen zum Schutz des schwer bedrohten Bäckergewerbes sowie der städtischen und industriellen Bevölkerung zu treffen.

Der Verbandstag empfiehlt deshalb allen Bäckermeistern, im Interesse der Selbsterhaltung bei zukünftigen Wahlen zum Deutschen Reichstage nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die durch ihre persönliche Stellung und ihr parteipolitisches Verhältnis Gewähr dafür bieten, daß sie für unbedingte Beseitigung des Systems der Getreideausfuhrscheine eintreten und jede weitere Belastung des Brotgetreides mit Zöllen und sonstigen Abgaben ablehnen.“

Zu der in dieser Resolution ausgesprochenen Konsequenz konnten sich die Herren Bäckermeister jedoch nicht aufschwingen. Vom Vorstandstische aus erklärte man sich gegen den zweiten Teil der Resolution, weil angeblich den Bäckermeistern Unmögliches empfohlen werde. Von andrer Seite wandte man ein, man wolle keine Parteipolitik treiben. In Wirklichkeit wollte man natürlich die Bäckermeister nicht dazu verpflichten, gegen das Zentrum Stellung zu nehmen. Dasselbe Vorstandsmitglied, das behauptete, man empfehle im zweiten Teil der Resolution den Bäckermeistern Unmögliches, erklärte denn auch: selbst wenn das Brot noch ℳ 10 teurer werde, würden die Bäckermeister ihrer Partei, d. h. dem Zentrum, treu bleiben. Es nutzte nichts, daß Herr Kasting nochmals versuchte, die Bäckermeister zum energischen und rücksichtslosen Vorgehen anzuspornen, für seine Resolution stimmten nur etwa 20 Delegierte. Dann wurde der erste Teil der Resolution angenommen und der zweite Teil wie folgt abgeändert:

„Der Verbandstag empfiehlt daher allen Bäckermeistern im Interesse ihrer Selbsterhaltung auf das eindringlichste, bei ihren Abgeordneten dahin vorstellig zu werden, daß dieselben für die unbedingte Beseitigung des Systems der Getreideausfuhrscheine eintreten und jede weitere Belastung des Brotgetreides mit Zöllen und sonstigen Abgaben ablehnen.“

Mit ihrer konsequenten Abstimmung haben die Bäckermeister sich selbst ins Gesicht geschlagen. Mögen sie sich weiter von ihren Zentrumsabgeordneten die Existenz untergraben lassen! Wenn sie aber versuchen sollten, die Verteurung der Mehlpreise auf die Konsumenten abzuwälzen — wie es mehrfach in der Debatte als das „gute Recht“ der Bäckermeister bezeichnet wurde —, so wird die arbeitende Bevölkerung ihnen die richtige Antwort zu geben wissen.

Unternehmer-Schmock. Die Stuttgarter „Allgemeine Bäcker- und Konditorzeitung“ läßt sich von einem gewissen Fr. Landowski eine Räubergeschichte über den Terrorismus unsrer französischen Bruderorganisation berichten. Selbstverständlich ist das für die schwäbische Klatschbase ein gefundenes Fressen, weil so am besten der Mitwelt bewiesen werden kann, welch rohes Gesindel unter den „sogenannten“ Führern der Gewerkschaften steckt. Da wird geschrieben:

„Zunächst repräsentiert das Syndikat die Mehrzahl, da es aus mehreren hundert Personen besteht, die die gleichen Ideen, die gleichen Bestrebungen und die gleichen Zwecke verfolgen, während dagegen die andern Arbeiter, die in Wirklichkeit die große Masse bilden, nicht gehört werden, noch suchen, gehört zu werden, und nur die Bäckerei verlassen, um zu essen und zu schlafen und nicht vom Hause gehen, als ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Das Syndikat besteht zweitens — mit einigen Ausnahmen — aus Bäckern, die nie arbeiten, diese sind „Arbeitslose“, man kann selbst „Bummler“ sagen; denn wenn sich ihnen zufällig Arbeit bietet, wollen sie diese nicht annehmen.

Dies sind die schlechten Arbeiter, die sich immer bei der Zusammenkunft in der Arbeiterbörse befinden und die Mitglieder des Syndikat-Komitees ernennen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats, welche dafür bezahlt werden, die Interessen des Syndikats zu wahren, erhalten aber ein höheres Gehalt, als wenn sie arbeiten würden; sie fühlen sich verpflichtet, Hetzer und Intriganten zu sein, um zu beweisen, daß es ohne sie nicht geht; man würde ihnen sonst, da sie nichts tun, nichts zahlen und sie wären entbehrlich.“

An Verleumdung der Arbeiterbewegung ist in der letzten Zeit ziemlich viel geleistet worden, aber in dieser niederträchtigen Weise eine Einrichtung der Arbeiter zu besudeln, das blieb dem Unternehmerschmock aus Paris vorbehalten Wenn hier die Führer als „arbeitslose Bummler, Hetzer und Intriganten“ hingestellt werden, so hat er seine Galle aber noch nicht ganz ausgespien, sondern hängt neue Verdächtigung daran und faselt zu dem Zweck weiter:

„Wenn ich noch hinzufüge, daß dieses Syndikat, welches sich „Rotes Syndikat“ betitelt, die Liebe zum Blut so stark äußert, daß es sogar Briefumschläge von einem äußerst lebhaften Rot hat, ferner, daß es mit der Regierung im allgemeinen und mit dem Arbeitsminister im besonderen im besten Einvernehmen steht, so habe ich den Lesern vielleicht begreiflich gemacht, warum das Syndikat, obwohl dies eine schwache Minorität der Bäckergesellen umfaßt, trotzdem eine gewisse Macht besitzt, da es ja beim Arbeitsministerium Zutritt hat und dieser Minister nur dank der Arbeiterstimmen Abgeordneter geworden ist.“

Der Ochse wird vom roten Tuch und Skribifax von roten Briefumschlägen scheu. Und weil er in seinem Rotkoller nicht mehr weiß, wo aus und ein, so stempelt er den Arbeitsminister zu einem Freunde der Syndikate. Aber zugeben muß er doch, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, den Arbeitgebern Konzessionen abzunötigen. Für den Rückgang der Syndikate bringt Schmöckchen noch einen, „aber ziemlich fadenscheinigen Beweis“ bei, indem er das Resultat über die Abstimmung zum Streik bekannt gibt. Danach haben von den 10 000 beschäftigten Bäckergesellen nur 1972 abgestimmt und zwar 1124 dagegen und 848 dafür. Aus diesem Schluß folgert er:

„Man stelle sich den völligen Bankerott vor, wenn man von den 848 Streikanhängern die Arbeiter abzieht, die keine Bäcker sind und welche trotzdem abgestimmt haben, und wenn man bedenkt, daß nur 1972 Abstimmende da waren, während 10 000 Bäckergesellen existieren.“

Wir bedauern nur die Redaktion der „Allgemeinen“, die solch ödem Geschreibsel Raum gibt.

Literarisches.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Jahrbuch 1908. Verlag der Buchhandlung „Courier“, Berlin, Engelufer 21.

Deutscher Kürschner-Verband. Protokoll des dritten Verbandstages. Verlag von Ernst Schubert, Hamburg 36.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahresbericht 1907/08. Verlag von H. Hausmann & Co., Bochum.

Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Jahresbericht 1908. Verlag von H. Mahler, Berlin SO 33. 80 ₰

Zentralverein der Hutarbeiter und Arbeiterinnen. Jahresbericht 1908.

Verband der Glaser usw. Protokoll über die Verhandlungen des 12. Verbandstages in Nürnberg.

Verband der Sattler und Portefeuiller. Berichte der Vorstände und der letzten Generalversammlungen der Sonderorganisationen sowie der gemeinschaftlichen Generalversammlung und Protokoll der internationalen Konferenz in Cöln, Ostern 1909. Verlag von P. Blum, Berlin SO 16, Adalbertstr. 56.

Arbeitersekretariat Bremen. Neunter Jahresbericht 1908. Selbstverlag des Sekretariats.

Arbeitersekretariat Gelsenkirchen und Umgegend. Dritter Bericht 1906, 1907, 1908. Selbstverlag des Sekretariats.